

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Paul Langrock / Greenpeace

Gentechnik

Kaum im Amt lässt der neue EU-Kommissar John Dalli die Gentechnikartoffel Amflora zu, obwohl sie weder von Bauern, Verarbeitern und Verbrauchern gewollt und auch noch gesundheitsschädlich ist. Viel zu tun für die gentechnikkritische Bewegung **Seiten 11- 13**

Massentierhaltung

Bäuerlicher Widerstand im Emsland, ein Bauer und Politiker, der Position bezieht, Leserbriefe und der Kommentar des Abl-Vorstandes zur industriellen Tierhaltung machen deutlich, dass das Thema in Bewegung bringt, dazu die **Seiten 2, 10, 17, 19 und 20**

Milch

Das Kartellamt gibt der Milchbündelung grünes Licht, nun müssen Bauern und Bäuerinnen es machen. Das wurde deutlich auf der Milchtagung in Hardehausen, die außerdem interessante Ansätze der extensiven Kuhhaltung aufzeigte, auf den **Seiten 5, 6 und 7**

Die Seite 3

Was passiert mit dem EU-Agrarhaushalt. 3

Agrarpolitik

Nicht nur ein Frühling gegen die Bauern. 4

Kartellamt sieht Wettbewerb um Milch gestört. 5

Massentierhaltung: Zu viel auf zu wenig Fläche. 10

Bioenergie in bäuerlicher Hand. 16

Gewebeprobe für Seuchenfreiheit. 18

Milch

Grasende Kühe sind am besten. 6

Beim Bier wird um die Milch gekämpft. 7

Gesündere Milch durch extensive Haltung. 7

Bewegung

Neue Stimmen in Sachsen. 8

Im Zeichen des Weltagrarberichts. 8

Schwerpunkt

Dalli hat Methode. 11

BASF-Gentechnik-Kartoffel kommt nicht in Frage. 12

Glyphosat: gesundheits- und umweltverträglich? 13

Ferne Länder

„Enter Campos“ – Von Bauer zu Bauer. 14

Nachbau

Eine Nachbauregelung aus Europa. 15

Patentschutz wie weit? 15

Hofportrait

„Ich bin grundsätzlich gegen so große Ställe“ 17

Weitere Themen

Aus Stall, Feld und Umfeld: zu Besuch bei Chrsian Thiele und Margit Gold, Seite 9; Leserbrief, Seite 19 und 20; Lesen, Seiten 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

In den letzten zehn Jahren haben in Deutschland über 70.000 Betriebe die Schweinehaltung aufgegeben – ein Rückgang um über 50 Prozent. Die verbliebenen Betriebe haben ein Viertel mehr Schlachtschweine erzeugt. Bei der Milch sind knapp 40 Prozent der Betriebe ausgestiegen, bei einem leichten Plus der Milcherzeugung.

Auf den ersten Blick bestätigen solche Zahlen die Marschrichtung von Politik, Bauernverband, Wissenschaft, Ausbildung und Beratung. Kaum etwas drückt das so aus wie die Investitionsförderung, die Einzelbetrieben bis zu 40 Prozent, bei Junglandwirten bis zu 50 Prozent der millionenschweren Stallbau-Kosten schenkt.

Reicht es, den Bauern und Bäuerinnen, besonders den jungen Betriebsleitern, zu verübeln, wenn sie aus Sorge, abgehängt zu werden oder gar ihre betriebliche Zukunft zu verspielen, beim Wettlauf der Wachstumsschritte mitmachen wollen?



Kommentar

Unsere Verantwortung

Betriebswirtschaftlich ist es der Anreiz, die Stückkosten unter den Durchschnitt zu senken, um länger

durchzuhalten als die Nachbarn. Das hält aber nicht lange, weil genügend Kollegen ähnlich handeln. Je stärker die Erzeugung sich auf einige wenige Betriebe konzentriert, umso weniger Kollegen mit ähnlichen Wachstumsschritten braucht es, damit der eigene Rationalisierungsstand wieder zum Allgemeingut wird und der vermeintliche Kostenvorteil dahin ist. Der Wettlauf wird schneller, die Investitionen werden größer – und die Risiken für die Betriebe und damit die Abhängigkeit von Kapitalgebern auch. Viele, besonders die Frauen und die Älteren in den Familien, plagt deshalb die Sorge, ob das richtig ist und gut gehen kann. Nicht nur sie fragen nach möglichen Alternativen.

Es ist heute schon erkennbar, dass die agrarindustrielle Rohstoff-Produktion nicht nur für sich keinen Bestand haben kann, zudem auch deshalb, weil sie die bäuerliche Erzeugung von Lebensmitteln unwirtschaftlich zu machen droht. Weltweit werden heute noch zwei Drittel aller Lebensmittel bäuerlich erzeugt, zum großen Teil von Kleinbauern bzw. Bäuerinnen. Sie durch eine industrialisierte, ölabhängige Rohstoffproduktion zu ersetzen, halten Globus und Klima nicht aus und die Ressourcen fossiler Energien brechen weg. Das ist der wesentliche Grund, warum die 400 Wissenschaftler des Weltagrarberichtes in der Industrialisierung einschließlich der Agro-Gentechnik keinen Weg zur Bekämpfung des Hungers jetzt und in Zukunft sehen, sondern dezidiert auf die konsequente Stärkung einer bäuerlichen Landwirtschaft drängen. Nicht nur global fährt das agrarindustrielle Wachstumsmodell vor die Wand. Auch in unserer Gesellschaft stößt es auf wachsenden Widerstand. In der Bevölkerung ist die Entscheidung längst gefallen: Sie will Lebensmittel ohne Gentechnik, eine umwelt- und klimaschonende Landnutzung, eine artgerechte Tierhaltung. Vor zwanzig Jahren hat niemand geglaubt, dass die Käfighaltung der Hennen einmal verboten wird. Lange galt jeder, der Hühner ohne Käfig hielt, als gestrig. Die Verbraucherinnen und Verbraucher aber haben ihre Macht genutzt, um die Politik zum Schutz der Tiere zu zwingen. Es ist nur eine Frage der Zeit, dass das bei den Schweinen und den Hochleistungskühen ähnlich kommen wird.

Den Fall des Käfigs haben die Verbraucher nicht allein geschafft. Dazu brauchte es ebenso die bäuerlichen Betriebe, die nicht die Hühner, sondern den Käfig vom Hof gejagt haben. Das ging nur, indem sie sich für ihre Eier eigene, direkte und höherpreisige Märkte erarbeitet haben. Ein mühsamer Weg, aber jetzt sind sie vorne.

Beide Seiten tragen also Verantwortung: die Verbraucher, die für eine hohe Qualität der Erzeugung einen fairen Preis zahlen, aber auch die Bauern und Bäuerinnen, die sich der Mühe unterziehen müssen, diese hohe Qualität zu entwickeln und anzubieten.

Es gibt Alternativen zur Industrialisierung der Landwirtschaft auch in Europa. Tausende Bauern und Bäuerinnen praktizieren das längst, als Zukunftssicherung ihrer Betriebe. Biologischer, gentechnikfreier Anbau, artgerechte Neuland-Tierhaltung, regionale Märkte oder die Faire Milch gehören ebenso dazu wie das Anstreben von Marktmacht über die Bündelung in Erzeugergemeinschaften wie dem Milch Board.

Die Agrarpolitik, die noch Industrie-Interessen folgt, macht es uns Bauern nicht leicht. Aber das enthebt uns nicht unserer eigenen, unserer persönlichen Verantwortung, hier klar Position zu beziehen und unsere Höfe für eine lebenswerte Zukunft einzustellen.

Bäuerliche Landwirtschaft ist die Zukunftslandwirtschaft. Das andere ist ein kurzfristiges Strohfeuer.

Maria Heubuch und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf
Vorsitzende der ABL

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Christiane Hinck: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Claudia Schievelbein: 02381-9053173; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520
Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertiebsstück 1 K 12858E

Was passiert mit dem EU-Agrarhaushalt

2013 steht eine neue Agrarreform an. Wird die Vergabe der Gelder qualifiziert oder bleibt alles beim Alten?

„Der Status quo lässt sich weder verteidigen, noch aufrechterhalten. ... Wir haben mit unserer Politik nicht zu verhindern gewusst, dass die Landwirte in Scharen ihre Tätigkeit aufgeben. Eine weitere Fehlentwicklung ist die Tatsache, dass 80 Prozent der Mittel an nur 20 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe fließen.“ Eine ganz neue Erkenntnis könnte man meinen. Allerdings stammt diese Feststellung schon aus dem Jahr 1991, vom damaligen EU-Agrarkommissar Mc Sharry. Bis zu diesem Zeitpunkt war die EU-Agrarpolitik insbesondere von Preisstützungsmaßnahmen, sichergestellt durch staatliche Interventionsmaßnahmen, Importzölle und Exporterstattungen geprägt. Über den Schritt produktionsbezogener Direktzahlungen (Reform 1992) kam man zu der heutigen Förderkulisse: entkoppelte Direktzahlungen in Kombination mit Cross-Compliance-Vorschriften.

Die Verhandlungen zur Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik ab 2013 beginnen gerade erst. Das Interesse an der Verteilung der Mittel beschränkt sich aber schon lange nicht mehr allein auf die Landwirte. Bei einem europäischen Agrarhaushalt von rund 50 Mrd. Euro entstehen Begehrlichkeiten auch in außerlandwirtschaftlichen Bereichen. Gegenüber den EU-Bürgern muss die Verwendung der Steuergelder plausibel zu erklären sein, wenn sie weiterhin der Landwirtschaft zur Verfügung stehen sollen.

Weiter wie bisher

Derzeit formulieren Ministerien, Verbände und Organisationen ihre Vorstellungen und Wünsche an eine zukünftige EU-Agrarpolitik. Neben dem Deutschen Bauernverband signalisiert auch das Bundeslandwirtschaftsministerium allenfalls geringen Änderungsbedarf der bisherigen Förderpraxis. „Das Europäische Landwirtschaftsmodell hat sich bewährt, denn es verbindet die wettbewerbsfähige Erzeugung von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen mit Leistungen der Landwirtschaft für die Allgemeinheit. Daher sollte der (...) eingeschlagene Weg fortgesetzt werden.“ Der eingeschlagene Weg, das ist die Sicherung der Direktzahlungen aus der ersten Säule ohne eine weitere Qualifizierung. Der Bauernverband fordert einen „Direktausgleich für die gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft bzw. für die höheren EU-Standards im Vergleich zum Weltmarkt“, eine Vereinfachung der Cross Compliance und eine Abschaffung der Modulation, um „einen fortgesetzten Verteilungsstreit zwi-

schen der ersten und zweiten Säule der Agrarpolitik zu beenden...“ Er spricht sich damit, wie auch das Bundeslandwirtschaftsministerium, für eine Sicherung „pauschaler“ Direktzahlungen aus, ohne dass die als Begründung angeführten „gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft“ näher spezifiziert werden.

Strukturwandel beschleunigen

Andere Stimmen plädieren für einen Abbau der ersten Säule. Prof. Dr. P. Michael Schmitz von der Universität Göttingen beispielsweise sieht die Zukunft der Direktzahlungen so: „Prämie allenfalls als Sockelbetrag für die Offenhaltung der Landschaft und gezielte Prämien in der 2. Säule.“ Konkret könnte dies bedeuten, dass ca. 39 Mio Euro in Deutschland für Maßnahmen der zweiten Säule zur Verfügung stünden. Unklar bleibt, welchem

der ersten Säule bei gleichzeitiger Bindung an Arbeitskräfte“, so der Bundesvorsitzende. Vor allem bäuerliche und ökologische Betriebe würden auf diese Weise profitieren.

Sozial ökologisch qualifizieren

Der fortgesetzten Ausrichtung auf weltweite Exportmärkte und einer weiteren Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft stehen die Forderungen zahlreicher alternativer Verbände entgegen, die Zahlungen für gesellschaftliche Aufgaben an konkrete, nachprüfbare Klima-, Umwelt- und Sozialkriterien zu binden. Dieser Ansatz geht von einer Qualifizierung aller zu vergebenden Gelder aus, unabhängig davon, ob diese aus der ersten oder zweiten Säule stammen. Probleme, die durch die Qualifizierung beseitigt werden sollen, sind vor-

traler Bedeutung. Eine zukünftige Agrarförderung muss, wenn sie den landwirtschaftlichen Betrieb als Teil des Netzwerks ländlicher Raum begreift, auch hier weitere Anreize schaffen. Bisher ist dieser Ansatz in der Förderpolitik durch LEADER angelegt.

Verbraucher einbinden

Alle EU-Bürger sind Verbraucher und von daher doppelt an einer aus ihrer Sicht effektiven Landwirtschaft interessiert. Zum einen verlangen sie als Verbraucher eine gesicherte Versorgung mit gesunden Lebensmitteln. Als Steuerzahler erwarten sie darüber hinaus einen sichtbaren Mehrwert in Form einer nachhaltigen, die Kulturlandschaft bewahrenden Bewirtschaftung. Die Bedeutung regionaler Aspekte bei der Vermarktung könnte hilfreich sein. Die derzeitige Bewerbung vieler Produkte anhand netter Bilder von Kühen auf der Weide und Hühnern im Grünen, die die vielfach industriellen Produktionsbedingungen nicht wiedergeben, machen es dem Verbraucher allerdings schwer, die Qualitäten des Produkts zu erkennen. Die Förderung der Vermarktung von Lokal-, Regional-, Spezialitäts- und Qualitätsprodukten könnte hier einen Beitrag leisten.

Altlasten beseitigen

Die EU-Agrarpolitik muss für ganz Europa einen einheitlichen Rahmen vorgeben. Aus unterschiedlichen, zumeist politisch motivierten Gründen ist dies nicht immer der Fall. Weitreichende Konsequenzen beispielsweise hat die notwendige Kofinanzierung, d.h. EU und Mitgliedsstaat teilen sich die Finanzierung im Bereich der ländlichen Entwicklung. Die finanzielle Einbindung der einzelnen EU-Staaten führt dazu, dass deren Motivation an der Umsetzung solcher qualifizierter Förderangebote gering bleibt. Demgegenüber werden die Direktzahlungen und die Ausgaben im Bereich der Marktordnungen (heutige erste Säule der EU-Agrarpolitik) zu 100 Prozent von der EU übernommen. Eine obligatorische Kofinanzierung auch dieser Zahlungen aus der ersten Säule kann dies Ungleichgewicht mindern. Auch die Höhe der Direktzahlungen unterscheidet sich zwischen den einzelnen Mitgliedsländern erheblich und reicht von 341 € pro ha in Dänemark bis zu 23 € pro ha in Lettland. Sicher wird es bezüglich einer Änderung des Verteilungsschlüssels 2013 zu kontroversen Diskussionen kommen.



Auf welche Säulen baut die zukünftige EU-Agrarpolitik?

Foto: Strelb/pixellio

Verwendungszweck die Mittel in der zweiten Säule zugeführt werden sollen. Eine Stützung der Investitionsförderung, wie beispielsweise von Prof. Folkard Isermeyer präferiert, würde bedeuten, dass 10 bis 15 Prozent der Betriebe ins industrielle Wachstum gehen. Eine Förderung durch die Übernahme der Investitionssumme von derzeit 40, bei Junglandwirten von 50 Prozent würde diesen Betrieben einen enormen Wettbewerbsvorteil verschaffen. „Diese bedeutet eine unglaubliche Förderung des Wachstums agrarindustrieller Betriebe und eine brutale Beschleunigung des Strukturwandels durch die verstärkte Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der bäuerlichen Landwirtschaft“, stellt Friedrich Wilhelm Graefe von Baringdorf, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, fest. „Wir fordern eine degressive Kürzung der Mittel

allen die Klimabelastung sowie der fortschreitende Verlust an biologischer Vielfalt. Die Ursachen, vor allem für den Verlust der biologischen Vielfalt, liegen unter anderem im Rückgang bäuerlicher, kleinräumiger Strukturen zugunsten industrialisierter Großbetriebe. Damit kommt dem Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft besondere Bedeutung zu. Mögliche ökologische Vergabekriterien sind eine Mindestfruchtfolge, die Schaffung und der Erhalt Ökologischer Vorranggebiete (Hecken, Feldgehölze, Feldraine usw.), das Verbot eines Grünlandumbruchs in sensiblen Bereichen und ein Verzicht des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Neben der rein auf den landwirtschaftlichen Betrieb ausgerichteten Förderung ist der ländliche Raum als Lebens-, Wohn- und Arbeitsfeld von zen-

Nicht nur ein Frühling gegen die Bauern

Bodenreform und Zwangskollektivierung in Ostdeutschland zerstörten systematisch bäuerliche Landwirtschaft

Der „Sozialistische Frühling auf dem Lande“ jährt sich dieses Jahr zum 50. Mal in den ostdeutschen Bundesländern. Was so idyllisch klingt, ist einer der Momente in der kurzen Geschichte der DDR, in der der herrschende Sozialismus seine hässlichste Fratze zeigte. Als im April 1960 SED-Parteichef Walter Ulbricht die „Vollkollektivierung“ in der ostdeutschen Landwirtschaft verkündete, war dem eine beispiellose Welle der Repression durch Stasi, Volkspolizei und Agitatoren vorangegangen. Durch Gewalt, deren Androhung, Einschüchterungen und Anprangerungen waren innerhalb weniger Monate die Hälfte der bis dahin in der jungen DDR noch selbstständig wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe in vermeintlich genossenschaftliche Strukturen gezwungen worden und die freien Bauern und Bäuerinnen zu Landarbeitern und Landarbeiterinnen degradiert. Von 1948 bis 1959 wurde die Kollektivierung noch meist durch freiwillige Maßnahmen vorangetrieben, es waren im Sommer 59 aber dadurch eben auch nur 45 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft überführt. In einer Direktive Stalins an Walter Ulbricht wurde nun die Zwangskollektivierung angemahnt und entsprechend umgesetzt. Zwar blieben die terroristischen Auswüchse wie Erschießungen, die während der Zwangskollektivierung in der Sowjetunion und China an der Tagesordnung waren, aus, tausende Bauern und Bäuerinnen wählten aber für sich den Weg in den Freitod oder flüchteten in den Westen. Der kommunistische Grundsatz der Vernichtung des freien Bauernstandes wurde damit erfolgreich umgesetzt. Karl Marx sah im Bauernstand eine zu bekämpfende Klasse, weil sie im Gegensatz zum Proletariat Besitzer ihrer „Produktionsmittel“ und oft auch des von ihnen bewirtschafteten Bodens sind.

Strategie gegen Bauern

Nicht täuschen lassen darf man sich von der Zwangskollektivierung vorangegangenen Bodenreform, die auf den ersten Blick wie eine Zerschlagung großbäuerlicher Strukturen zu Gunsten vieler kleiner landwirtschaftlicher Höfe wirkt. In Wirklichkeit gehörte die 1945 im damaligen Gebiet der Sowjetzone durchgeführte Enteignung aller Bauern mit mehr als 100 ha Land zum selben Plan wie die spätere Rückführung der dadurch entstandenen bäuerlichen Betriebe in große Einheiten durch die Zwangskollektivierung. Boden-

reform und Zwangskollektivierung gehören zusammen zur systematischen Auslöschung freier bäuerlicher Strukturen in kommunistischen Systemen, denn nur durch die Bodenreform ließ sich zunächst das traditionelle – feste Dorfstrukturen stützende – landwirtschaftliche System in weitaus fragilere kleinbäuerliche Gebilde umwandeln. Hinzu kam, dass man hoffte, mit der Landverteilung die weitere Abwanderung vieler Flüchtlinge aus der Sowjetzone in den Westen zu verhindern. Durch die geringe Größe vieler Neubäuerlicher Betriebe war deren wirtschaftliche Situation von Anfang an nicht einfach und

AbL-Bauer in Ostdeutschland, der sich seit vielen Jahren mit der Aufarbeitung der Vorgänge auseinandersetzt. Auch Michael Beleites, Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, spricht in einem Interview davon, dass durch Bodenreform und Zwangskollektivierung eine „tiefgreifende Entfremdung der einzelnen Bauern von ihrer Scholle stattgefunden“ habe. Er kritisiert gleichzeitig, dass durch die Nachwende-Agrarpolitik die sozialistischen Strukturen festgeschrieben wurden. Ostdeutsche Agrarpolitiker wie auch der Bauernverband betrieben und betreiben aus-

350 für 19 Euro ?

Ein großer ostdeutscher Ackerbaubetrieb in der Magdeburger Börde erhält wie andere Betriebe etwa 350 Euro/ha Flächen-Direktzahlungen, muss aber nur 19 Euro pro Hektar für die Einhaltung der EU-Umweltnormen („cross-compliance“) aufwenden. Dieses gesellschaftlich kaum vermittelbare Ergebnis einer Studie des von-Thünen-Instituts, so viele Kommentare, macht eine Umverteilung zugunsten der Umwelt und der bäuerlichen Arbeitskraft umso dringlicher. *pm*

Externe

Bewirtschafter

Der altersmäßig anstehende Generationswechsel in der Leitung ostdeutscher Agrargesellschaften droht zu einer weiteren Agrarindustrialisierung zu führen. Bei der DLG-Wintertagung wurde von einem Mangel an Fach- und Führungskräften berichtet, möglicherweise würden nun externe Lohnunternehmen die Bewirtschaftung übernehmen. *pm*



Die Maschinen, die die kollektivierten Böden bearbeiteten, sind längst verrostet. Das Unrecht durch die gewaltsame Enteignung besteht bis heute. Foto : Sturm/pixellio

sie wurde durch die Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften als Konkurrenz zunehmend schwieriger. So „erleichterte“ es manchen Neubauern, der jungen LPG beizutreten, um konkret seine wirtschaftliche Lage zu verbessern. Die große Mehrheit der Bauern und Bäuerinnen wollte allerdings nicht die Selbstständigkeit mit der Tätigkeit als abhängig Beschäftigter oder Beschäftigte in der LPG tauschen.

Bis heute

Die Auswirkungen dieses nun unter Zwang stattfindenden Umwandlungsprozesses reichen bis in die Gegenwart. Zunächst begünstigten die umfangreiche Abwanderung von Bauern und Bäuerinnen in den Westen sowie die Nahrungsmittelengpässe durch die Produktionsschwierigkeiten der neuen Großbetriebe den Mauerbau. Nach dem Ende der DDR blieben Strukturen auf dem Land zurück, die die „Bildung von Zivilgesellschaft weitgehend nicht stattfinden ließen“, sagt Jörg Gehrke,

schließlich Interessenspolitik für die LPG-Nachfolgebetriebe. Hier spielen viele gut funktionierende alte Seilschaften eine Rolle, die es immer wieder erfolgreich vereiteln, das Thema öffentlich aufzuarbeiten. Jüngstes Beispiel ist in Brandenburg der Versuch mehrerer Politiker, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu verhindern, der sich mit den Stasiaktivitäten im Bereich der Landwirtschaft auseinandersetzen sollte. Aber auch Unwissenheit über die Zusammenhänge in der Geschichte und ihre Auswirkungen in der Gegenwart spielen eine große Rolle in der Frage der öffentlichen Aufarbeitung. Eine gemeinsame Fachtagung der AbL, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR soll nun einen Beitrag dazu leisten, dass sich dies ändert. (siehe Anzeige S.23) Dort wird auch die Frage gestellt werden, wie eine zukünftig gerechtere Agrarpolitik für Ostdeutschland aussehen sollte. *cs*

Kartellamt sieht Wettbewerb um Milch gestört

Auf der Milchtagung empfiehlt Mitarbeiterin Schulze den Milchbauern die Bündelung in bäuerlichen Kartellen

Das Bundeskartellamt sieht den Wettbewerb um den Rohstoff Milch als stark gestört an. Das machte die Berichtserstatterin des Bundeskartellamtes in Sachen Milch, Frau Eva-Maria Schulze, auf der Milchtagung von AbL, KLJB und Uni Kassel am 1. März in Warburg-Hardehausen deutlich.

Dabei ging sie zunächst auf die Genossenschaften unter den Molkereien ein, die in Deutschland 60 bis 70 Prozent der Milch verarbeiten. „Die Genossenschaften haben nicht den letzten Anreiz, in den Verhandlungen mit dem Handel das Letzte für die Bauern rauszuholen“, formulierte Schulze. Denn der Milchpreis für die Bauern werde rückwärts gebildet, d.h. aus dem, was nach der Verhandlung der Molkerei mit den Abnehmern wie den Handelsketten übrigbleibe. „Die Molkerei-Genossenschaft trägt kein eigenes Schmerz-Risiko“, so Schulze. Sie reiche das Risiko der Vermarktung also an die Bauern weiter. Es helfe daher nicht, immer nur die Marktmacht des Handels zu beklagen, griff die Juristin eine immer wieder vom Bauernverband vorgetragene Sicht der Dinge an.

Schmerz-Risiko fehlt

Das deutliche Machtgefälle auf dem Milchmarkt zulasten der Milcherzeuger sei im Kartellamt zunächst auf Unverständnis gestoßen: „Es hat uns sehr überrascht, dass das Machtgefälle auf dem Milchmarkt zulasten der Milchbauern so stark ist, obwohl 70 Prozent der Milch von Genossenschafts-Molkereien erfasst wird. Aber die Strukturen und Organe der Genossenschaften haben sich verselbstständigt“, meinte Frau Schulze, und nicht nur für diese Äußerung wurde sie von den anwesenden Milchbauern mit lautem Applaus bedacht. Bei den Privatmolkereien sehe die Situation bezüglich der Preisbildung allerdings nicht viel besser aus. Mit ihren nicht austauschbaren Marken-Produkten könnten sie den Bauern einen deutlich höheren Preis auszahlen als Molkereien mit austauschbaren Standardprodukten. „Aber beim Auszahlungspreis an die Bauern orientieren sich die Privaten an den Preisen der Genossenschaften, die überall nachzulesen seien“, so Schulze, die sich damit auch gegen die Freizügigkeit der Milcherzeuger wandte, Daten bzw. Milchgeldabrechnungen einfach weiterzugeben. Die hohe Transparenz über Preise und Mengen nutze am Milchmarkt vor allem dem Handel, nicht den Bauern, so ihre Einschätzung.

Absprachen gegen Wechsel?

Die Mitarbeiterin des Kartellamtes ging auch auf die offenbar beschränkten Möglichkeiten der Bauern ein, die Molkereien zu wechseln. Es gebe Hinweise, dass es Genossenschaften offenbar für anrühlich hal-

ten, wenn Milcherzeuger von einer Genossenschaft zu einer Nachbargenossenschaft wechseln wollen. So habe es zwischen den norddeutschen Genossenschaften Humana und Nordmilch in fünf Jahren nur einen einzigen Wechsel gegeben, während es von jeder dieser Molkerei zu Privatmolkereien viele Wechsel gegeben habe. „Wenn wir feststellen könnten, dass es zwischen Genossenschaften Absprachen gibt, dann könnten wir Bußgelder verhängen. Aber dafür brauchen wir konkrete Einzelfälle“, appellierte Schulze an die Bauern, sich gegebenenfalls an das Kartellamt zu wenden.



Eva-Maria Schulze in Hardehausen Foto: Jasper

Aufruf zur Bündelung

Als wesentliche Möglichkeit der Milcherzeuger, ihre Position am Milchmarkt zu stärken, nannte Frau Schulze den Zusammenschluss in Erzeugergemeinschaften. Der Gesetzgeber billige den Landwirten verschiedene Formen zur Stärkung ihrer Marktstellung zu. Am weitesten gehen demnach die Möglichkeiten des Marktstrukturgesetzes, das anerkannten Erzeugergemeinschaften nicht nur das Recht zu mengenbegrenzenden Maßnahmen, sondern zusätzlich auch zur Preisabsprache einräume.

Dr. Andrea Beste von der Milcherzeugergemeinschaft (MEG) Milch Board nahm in ihrem Vortrag den Ball auf und sprach davon, dass das geltende Marktstrukturgesetz den Bauern ausdrücklich erlaube, ein Kartell zu bilden. Da nickte die Frau Schulze vom Kartellamt deutlich. Auf die Frage aus dem Publikum, bei welchem Bündelungsgrad das Kartellamt einschreiten werde, sagte Frau Schulze: „Von 80 Prozent sind wir soweit entfernt, dass es keinen Sinn macht, darüber zu reden.“ Die Milchbauern fragten noch mehrmals nach. Schließlich antwortete Frau Schulze: „Verflixt nochmal, machen Sie es, und sagen Sie nicht immer, Sie wissen nicht, wie das Kartellamt sich verhält.“

Der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm

Graefe zu Baringdorf ermunterte ebenfalls, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen: „Wir müssen so weit gehen, wie unser Mut reicht. Hätten wir erst die Bündelung und damit die Macht am Markt, dass das Kartellamt einschreitet, dann hätten wir eine ganz andere Situation, sowohl am Markt als auch in der Politik“, so der AbL-Vorsitzende. „Wenn wir die Bündelung nicht hinkriegen, wird die Politik auch nicht auf unsere Forderungen reagieren. Wir müssen eigene Strukturen schaffen, um politische Strukturen zu erreichen.“

Was ist eine Region?

In der Diskussion nahm auch die Frage breiten Raum ein, ob die Bündelung im Milch Board an regionale Grenzen stoße. Frau Schulze erläuterte die bisherige Sichtweise des Kartellamtes, wonach nicht ein bundesweiter, sondern der jeweilige Bündelungsgrad der Erzeuger in Regionen entscheidend für die Frage sei, wann das Kartellamt einschreiten müsste. Das Amt ging dabei bisher davon aus, dass das Erfassungsgebiet einer Molkerei bzw. eines Werkes einen Umkreis von im Durchschnitt 200 km nicht überschreitet. Dieser Umkreis stelle damit einen Marktraum bzw. eine Region dar. Die Bündelung der Bauern dürfe also nicht dazu führen, dass das Werk in diesem Umkreis nicht mehr an „freie“ Milch herankomme.

Romuald Schaber, Vorsitzender des BDM (Bundesverband Deutscher Milchviehhalter), wies darauf hin, dass die Molkereien in der Praxis viel weitere Einzugsgebiete hätten. Er nannte als Beispiel die bayerische Molkerei Zott, die auch am Niederrhein Milch erfasse. „Der Transport der Milch kostet je 100 km etwa 1 Cent. Bei einer Spanne der Erzeugerpreise im Bundesgebiet von 8 Cent ergibt sich daraus, dass als Region für die Bündelung mindestens das Bundesgebiet angesetzt werden muss“, so Schaber. „Sonst schwächt das Kartellamt den Ansatz der Bündelung von vornherein.“ Frau Schulze versprach, das in der weiteren Bearbeitung des Zwischenberichtes nochmals zu diskutieren.

„Die Feststellungen des Kartellamtes tun uns gut“, zog Romuald Schaber in der Schlussrunde ein Resümee. Und viele Wortmeldungen aus dem Publikum unterstützten das. „Bisher habe ich das Kartellamt eher als einen unserer Gegner gesehen. Nach Ihrem Bericht zum Milchmarkt sehe ich Sie jetzt als einen unserer größten Unterstützer“, war eine Äußerung eines Bauern. Dem Beifall zufolge traf er den Nerv der ganzen Versammlung. *uj*

Die Vorträge der Tagung hat der Internet-Fernsehsender „BDM TV“ ins Netz gestellt: www.bdmv.de

Roundup

Ein argentinisches Gericht kehrte erstmals die Beweislast im Hinblick auf Gesundheitsschäden durch das Herbizid Roundup um. Demnach müssen die Behörden die Unbedenklichkeit von Roundup für Mensch und Umwelt belegen. Familien, die in unmittelbarer Nähe von Feldern wohnen, die aus Kleinflugzeugen mit Roundup besprüht werden, zogen vor Gericht und bekamen Recht. Den Sojaanbauern wurden Abstandsregeln auferlegt. Dagegen legten diese Widerspruch ein. Ihre Begründung: Die Gesundheitsbeeinträchtigungen seien nicht wissenschaftlich nachweisbar. Das Berufungsgericht lehnte den Widerspruch ab und legte fest, dass die Behörden die Unbedenklichkeit von Roundup beweisen müssen. *cs*

Hütten gegen Endlager

Mit 60 Treckern und über 300 Atomkraftgegnern demonstrierte die bäuerliche Notgemeinschaft gegen die Ankündigung des Bundesumweltministers Norbert Röttgen (CDU), im Salzstock in Gorleben die Erkundung des Endlagers wieder aufzunehmen. „Die Ankündigung von Schwarz-Gelb, alternativlos auf Gorleben als Atomüllendlager für hochradioaktive Abfälle zu setzen, empfinden viele Menschen im Wendland als offene Provokation“, ließ die Bürgerinitiative Umweltschutz verlauten. Gemeinsam bauten die Aktivisten eine Hütte auf dem Gelände der Salinas GmbH und knüpften damit an die Tradition des vor 30 Jahren geräumten Hüttendorfes der „Republik Freies Wendland“ an. Die Polizei reagierte ungewöhnlich scharf mit Pfefferspray und Festnahmen. *pm*

Grasende Kühe sind am besten

Management, Fütterung und Wirtschaftlichkeit von Weidegang

Weidegang war durchweg wirtschaftlicher: Zu dieser Einschätzung kam Dr. Leisen, Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer NRW, bei seinem Vortrag auf der Milchtagung Anfang März in Hardehausen. Vorgestellt hat er seine Untersuchungen zur Wirtschaftlichkeit von Weidegang in der Milchviehhaltung anhand von 160 ökologischen Milchviehbetrieben in Norddeutschland, den Niederlanden, Luxemburg und Belgien.

Das Ergebnis scheint überraschend. Gehen doch seit vielen Jahren die Entwicklungen der Milchviehhaltung in eine ganz andere Richtung. Ganzjährige Stallhaltung eventuell mit Laufhof. Standar-

sie nicht einseitig auf Leistung gezüchtet werden, optimal an eine Futteraufnahme auf der Weide angepasst.

Allein mit „Tore-auf-und-raus“ ist es nicht getan. Die Wachstumsstadien der Weide müssen genau beobachtet werden. Vor allem im Frühjahr, der Zeit mit den größten Zuwächsen, gilt es die Weidegröße und -dauer genau anzupassen, damit der Bestand nicht überständig wird. „Es ist besser, das Maul wartet auf das Gras, als das Gras auf das Maul.“ Bei wenig Aufwuchs ist gleichzeitig sichergestellt, dass die Kühe das relativ wenige Futter gut einspeicheln und sich der Pansen mit seinen Bakterien auf das neue, frische Futter einstellen kann. Gleichzeitig wird vermieden, dass

allem Kraftfutter. Die Tiergesundheit steigt, ebenso die Milchqualität.

Wichtige Standortbedingungen

Ein vermehrter Weideaustrieb stellt aber auch Bedingungen an die Betriebsstruktur, die Böden, Klima und Niederschläge. Insbesondere feuchte, schwere Böden, die im Frühjahr nicht abtrocknen, sind schlecht geeignet, da sie einem frühzeitigen Weideaustrieb entgegenstehen. Auch eine ausgeprägte Trockenperiode im Frühsommer, Sommer mit den resultierenden geringen Zuwächsen ist problematisch. Für viele Betriebe wird aber entscheidend sein, ob genügend Weideflächen in unmittelbarer Nähe zum Hof vorhanden sind.

Würzburg schließt

Das Kraftfutterwerk der RKW Süd in Würzburg wird voraussichtlich zum Herbst diesen Jahres geschlossen. Als Begründung führte der Geschäftsführer Detlef Schrader die strukturellen Veränderungen in der Region an. Die Tierhaltung sei zugunsten des Ackerbaus zurückgegangen. Aus diesem Grund sei ein weiterer Betrieb des Werkes nicht mehr möglich. Das Besondere des Standorts Würzburg war, dass das Werk ausschließlich gentechnikfreies Mischfutter produzierte. Nach Aussage des Unternehmens soll die Produktion von den Werken in Heilbronn und Regensburg übernommen werden. Auf Nachfrage bestätigte die Pressesprecherin, dass die RKW Süd das Angebot gentechnikfreier Futtermittel aufrecht erhalten wird. Auch die Kunden in der Region Würzburg will man weiter versorgen, eventuell durch einen Subunternehmer.

mn



Eigentlich ein ganz normales Bild: Kühe auf der Weide.

Foto: Herzog

disierte TMR Fütterung, bei der auf zwei, maximal drei unterschiedlichen Laktationsstadien und den damit veränderten Nährstoffbedarf eingegangen wird. Weidegang gibt es allenfalls für die Trockensteher. Der Vorteil dieser sehr gut zu kontrollierenden Fütterung ist, dass sich der Pansen der Kuh nie auf unterschiedliche Nährstoffzusammensetzungen des Futters einstellen muss.

Aufwendigeres Management

Gerade im Frühjahr, nach einer langen Stallperiode ist eine Umstellung und damit eventuell auch eine zeitweise schlechtere Nährstoffversorgung nicht ausgeschlossen. Bei Hochleistungstieren, die sowieso nur mittels großer Kraftfuttergaben nicht wiederkäuergerecht versorgt werden können, machen derartige Umstellungen große Probleme. Kühe sind Wiederkäufer und, wenn

größere Mengen an Weideresten stehen bleiben. Nur wenn es gelingt, den Weiderest gering zu halten, können die Flächen effektiv genutzt werden. Bei 70 Prozent im Vergleich zu 10 Prozent Weiderest im Herbst wurde schätzungsweise 25 bis 30 Prozent weniger Futter genutzt, entsprechend benötigt der Betrieb 33 bis 43 Prozent mehr Fläche.

Durch den Weidegang verändert sich die Futterration deutlich. Insbesondere die hohen Energiegehalte des jungen Aufwuchs reduzieren den Einfluss zusätzlicher Kraftfuttergaben und machen sie zumindest in Teilen überflüssig. Dr. Leisen kommt zu dem Schluss, dass sich in Betrieben mit viel Weidegang eine besondere Weidegenetik herausbildet. Das Leistungsniveau der Kühe liegt zwar niedriger, aber dafür steigt der Deckungsbeitrag. Eingespart wird neben der teuren Fütterungstechnik vor

Wirtschaftlichkeit von Weidegang

Auch in anderen Regionen unter konventionellen Bedingungen ist Weidehaltung die wirtschaftlichere Alternative. In den Niederlanden: bei Betrieben mit 55, aber auch mit 110 Kühen und in den USA: bei Betrieben mit 70, aber auch mit 450 Kühen, obwohl die Leistung um 20 bis 30 Prozent geringer war. Wird der Termin der Kalbung im Frühjahr mit der höchsten Produktivität der Kurzrasenweide synchronisiert wie in der Schweiz und Neuseeland, erlangt man die höchste Flächenproduktivität.

Auch vor dem Hintergrund, dass der Qualität eine immer größere Bedeutung zukommt, bietet die Weidehaltung Vorteile. Die Inhaltsstoffe der Milch verändern sich messbar. Vor allem der Anteil an Omega-3-Fettsäuren steigt deutlich an. mn

Beim Bier wird um die Milch gekämpft

Vom europäischen Zusammenhalt, den politischen Erfolgen und der fairen Milch

Gut 2.000 Bäuerinnen und Bauern waren ins Festzelt am Kloster Reutberg gekommen. Jährlich beginnt an Josefi in Reutberg die Starkbierzeit. Dieses Jahr stand der Abend aber unter einem ganz anderen Motto. Es ging um die Milch. Über 600 Kilometer war Erwin Schoepges aus Belgien angereist, um den bayerischen Kollegen von den Kollegen in Frankreich und Belgien zu berichten. Als besonderes Highlight berichtete er von einer Aktion auf der Internationalen Agrarmesse in Paris Anfang März. Mit über 2.000 Kollegen aus Frankreich, Deutschland, Belgien und der Schweiz demonstrierten die Bauern für einen Systemwechsel. Auf ihrem Weg durch die Messehallen wurden sie vom Geläut der Kuhglocken begleitet. Beeindruckt zeigte sich Erwin Schoepges von der großen Zahl Bauern, die nach Reutberg gekommen waren. „Das ist ein gutes Signal, welches ich mitnehmen werde, um in Belgien und Frankreich davon zu berichten.“

Ganz besonders bedankte er sich bei seinen deutschen Kollegen für die Unterstützung während des vergangenen Jahres. „Ohne Eure Hilfe hätten viele der belgischen Aktionen so nicht stattfinden können.“ Bauern, Trecker, Güllefässer, die Milch auf den Acker spritzen. Bilder, die um die Welt, zumindest aber durch Europa gingen, sind in Belgien entstanden.

„Wir haben was erreicht!“

Romuald Schaber, Bundesvorsitzender des Bundesverbands deutscher Milchviehhalter (BDM) und Präsident des European Milkboard (EMB) schilderte eindrücklich, welche Erfolge die Bauern mit ihren Aktionen hatten. „Der Anstieg des Milchpreis auf 23 bis 24 Cent ist das Resultat der Aktionen und

Streiks im vergangenen Jahr.“ Keiner soll glauben, so Schaber, dass dieser Preisanstieg eine Art Automatismus gewesen sei. Dass das jetzige Niveau in keiner Weise befriedigt, ist selbstverständlich. Es muss weiter gekämpft werden. Erfreut zeigte sich Schaber, dass die ehemalige Kommissarin für Landwirtschaft, Marianne Fischer-Boel, nicht mehr angetreten ist. Nach einem ersten Gespräch mit ihrem Nachfolger, dem Rumänen Dacian Ciolos, zeigte sich Schaber optimistisch. „Ciolos kommt aus einem Land, in dem bäuerliche Landwirtschaft noch weit verbreitet ist. Darüber hinaus hat er sich mit dem Thema Milch während seines Studiums in Frankreich intensiv beschäftigt.“ Vorrangiges Ziel, so Schaber, sei es, die einprozentige Quotenerhöhung aus dem vergangenen Jahr in der nationalen Reserve zu belassen

Zum anderen gilt es, die für dieses Jahr vorgesehene Erhöhung um ein Prozent zu verhindern. Ganz wichtig ist es, dass die Bauern die Vorlage des Bundeskartellamtes aufgreifen und sich im Milchboard zusammenschließen.

Eine besondere Milch

Die Faire Milch hat ganz eigene Qualitäten. Diese betreffen zum einen den Vermarktungsweg, bei dem durch eine Vorwärtskalkulation sicher gestellt ist, dass die beteiligten Landwirte für jeden Liter, der als Fairmilch verkauft wird, 40 Cent erhalten. Sehr engagiert berichtet Jakob Niedermaier, Geschäftsführer der Milchvermarktungsgesellschaft (MVS), von den Erfolgen seit der Einführung Mitte Januar. Dabei betont er vor allem die Produktqualitäten, die dem Verbraucher einen Mehrwert versprechen. Neben den höheren Gehalten an Omega-3-Fettsäu-

ren ist es vor allem der Verzicht auf Sojaschrot. Der Kunde bekommt damit ein klimafreundliches Produkt, das wirklich aus der Region stammt. Einen großen Durchbruch beim Absatz erhofft sich Niedermaier aus aktuellen Verhandlungen, die der Milch den Markt der Weiterverarbeitung zu Eis, Backwaren usw. erschließen könnten. Eine Ausweitung für die Trinkmilch auf Rheinland-Pfalz, das Saarland und Nordrhein-Westfalen sind in Planung. Schon bald könnte es auch Faire Milch in Holland, Luxemburg und Belgien geben. Da erinnerte man sich an die eingangs gehaltenen Grußworte von Manfred Haefeker, dem Präsidenten des deutschen Berufsimkerverbandes, der die Faire Milch als erste bienenfreundliche Milch bezeichnete und den Bauern die Solidarität der Imker überbrachte: „Es ist an uns, gemeinsam das Land, wo Milch und Honig fließen, zu schaffen.“ *mn*



Auch die Bierkönigin war zur BDM Jahrestagung an Josefi in Reutberg gekommen.

Foto: Nürnberger

Gesündere Milch durch extensive Haltung

Aus wissenschaftlicher Sicht machen Weidehaltung und grundfutterbasierte Systeme die Milch noch wertvoller

Bei der jüngsten und einmal im Jahr stattfindenden Milchtagung in Hardehausen, die von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Katholischen Landjugendbewegung Deutschland (KLJB) und der Universität Kassel ausgerichtet wird, lieferte Daniel Kusche von der Uni Kassel ernährungsphysiologische Argumente, warum die Milchviehhaltung nicht in der Industrialisierung verschwinden darf. Werden die Kühe von der Weide in den Stall verdrängt bei stetig steigender Milchleistung und da-

mit einhergehend einer Fütterung, die zunehmend auf Kraftfutter, Mais und Silage basiert, dann nehmen auch die für die Ernährung wichtigen Fettsäuren in der Milch ab. Sie sind langkettig, mehrfach ungesättigt und heißen Omega-3-Fettsäuren und Konjugierte Linolsäure (CLA).

Kusche drückt vorsichtig aus, dass diese Milch, vor allem mit der Muttermilch aufgenommen, präventiv vor den Volkskrankheiten Allergie und Asthma zu schützen scheine. Als „relativ hart“ bewertete er die „zahlreichen ernäh-

ungsphysiologisch wertvollen Funktionen“ der Omega-3-Fettsäuren. Die können sich im sogenannten Babyspeck ablagern und sind wichtig für das Gehirnwachstum.

„Es ist eine Differenzierung von ökologischer und konventioneller Milch möglich“, sagte Kusche. Viele Studien zeigten, dass die Milch aus ökologischen Wirtschaftsweisen hinsichtlich der Fettsäuren besser abschneide als konventionelle Milch. „Das liegt aber ausschließlich an den unterschiedlichen Intensitäten in der Tierfütterung und Hal-

tung“, ergänzt Kusche. Wird die ökologische Milch aus Silomais und Kraftfutter hergestellt, dann verliere auch diese Milch an ernährungsphysiologischer Qualität. Weidegang hingegen fördert den Gehalt an wichtigen Fettsäuren.

„Wir müssen in der Öffentlichkeit kommunizieren“, resümiert Kusche, „dass die ökologische und low-input Milch eine bessere Qualität aufweist.“ Er zieht den Schluss, dass „Weidehaltung und grundfutterbasierte Systeme“ gestärkt werden müssen.

Berit Thomsen

Dankwallfahrt in Altötting

Die Zwangsimpfung ist vorbei und die Blauzungenkrankheit hat sich nicht zur verheerenden Epidemie ausgeweitet. Für viele Bäuerinnen und Bauern Anlass zur Dankwallfahrt nach Altötting zu kommen. „Heuer ist uns das Herz etwas leichter als letztes Jahr.“ Diesen Gedanken stellte Prälat Ludwig Limbrunner an den Anfang seiner Ausführungen. Der Gottesdienst in der Basilika wurde von Rotter Blechblöden und dem Astener Singkreis musikalisch umrahmt. Bei der anschließenden Segnung der Tiere und Heilkräuter wurde auch die Votivtafel übergeben.

In seiner Schlussansprache betonte Joseph Schmidt, Landesvorsitzender der AbL-Bayern: „Wer dabei war, hat gespürt, welche Kraft ausgeht vom gemeinsamen Beten, Bitten und Danken.“ Die Landesvorsitzende Edith Liersch stellte fest, dass viele Bauern erkannt hätten, dass es um eine grundlegende Richtungsentscheidung geht. Dies wurde auch auf der im Anschluss stattfindenden Podiumsdiskussion in Teisnach deutlich. „Das Verlangen nach immer billigeren Lebensmitteln macht die bäuerliche Landwirtschaft kaputt“, so Christine Schneebichler, Mitglied des BDM Bundesbeirats. Den Blick auf die Auseinandersetzung um die Gentechnik und Patente auf Leben richtete Christoph Huber und erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass der Mensch der Versuchung widerstehen solle, Gott gleich sein zu wollen. *mn*

AbL-Frühjahrstagung Niedersachsen

Den Weltagrарbericht, vorgestellt von Benny Haerlin, diskutierte die AbL Niedersachsen bei ihrer Frühjahrstagung in Verden. Im kommenden Jahr will man u. a. folgende Themen angehen: Kampf gegen Atomenergie und Atommüll-Lagerung in Gorleben, Gentechnik-Amflora und Stärkekartoffelanbau, Mitarbeit im Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, Stärkung des Milchboards, Mitarbeit in der Klimaschutz-Kommission des Agrarministeriums, Durchsetzung bäuerlicher Interessen im Biogas-Sektor, Erarbeitung eines Konzepts gegen die drohende „Vermaisung“ sowie die Beiträge zur Tierseuchenkasse. *en*

AbL-Regionalverband Franken gegründet

Um die Nöte und Sorgen der Bauern von unten nach oben zu tragen und dann von oben nach unten Aktionen besser organisieren zu können, entschlossen sich die Mitglieder der AbL, einen Regionalverband Franken zu gründen. In den Vorstand gewählt wurden: Isabella Hirsch, Burkhard Neubauer, Edith Sachse, Alfred Greubel, Silvia Pfeufer, Erna Eckert, Klaus Zimmer, Peter Gradl und Gerhard Scharrer. Als Arbeitsschwerpunkte hat sich der Regionalverband vorgenommen, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zu verhindern, den BDM beim Kampf um den Milchpreis zu unterstützen und auch in anderen Bereichen wie Fleisch und Getreide neue Partner zu finden, die die Qualität aus bäuerlicher Landwirtschaft honorieren. *Burkhard Neubauer*

AbL-Rheinland-Pfalz zur Milch

Milchbauern aus dem gesamten Norden von Rheinland-Pfalz diskutierten über Perspektiven für die regionale Landwirtschaft. Im Mittelpunkt standen unter anderem der Aufbau einer Regionalmarke, die EU-Agrarpolitik, der Milch-Board als alternative Vermarktungsstrategie und die Perspektive, auch in Rheinland-Pfalz das Label „Die faire Milch“ einzuführen. Ein seit Jahren erfolgreiches Praxisbeispiel der Vermarktung von Erzeugnissen mit betont regionalem Label ist die Regionalmarke Eifel. Deren Geschäftsführer Markus Pfeifer erläuterte Ursprünge, Aufbau und Zielsetzung dieser mittlerweile von fast allen Supermarktketten gelisteten Marke, die mehr als 300 Nutzer hat – etwa zur Hälfte landwirtschaftliche Produzenten. Mit garantierter Herkunft aus der Region und transparenten, kontrollierten Produktkriterien, die dem Erhalt der Naturlandschaft dienen, hat sich das „Eifel-E“ positiv im Bewusstsein der Verbraucher verankert. Dietmar Johnen erläuterte das Konzept der bereits in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen gelabelten und in führenden Supermärkten gehandelte „Faironika“-Milch. Denkbar ist eine Umsetzung auch in Rheinland-Pfalz, sofern eine Molkerei gefunden wird, die bereit ist, die zugelierte Milch im Auftrag von „Die faire Milch“ zu verarbeiten. Im Anschluss an die Informationsveranstaltung führte der Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland der AbL seine Jahreshauptversammlung durch. *pm*

Kurzes am Rande

Neue Stimmen in Sachsen

Neuer Landesvorstand gewählt

Am 27. Februar 2010 fand in den Räumen der Dreikönigskirche in Dresden die diesjährige Winterversammlung der AbL Sachsen-Anhalt/Sachsen/Thüringen statt. Die Versammlung stand ganz im Zeichen der Neuausrichtung des Landesverbandes, denn in erster Linie sollte es um die Wahl eines neuen Vorstandes gehen. Während der Winterversammlung im Jahr 2009 war der bisherige Landesvorstand geschlossen zurückgetreten. Da sich damals keine Kandidaten gefunden haben, blieb der bisherige Landesvorstand kommissarisch im Amt. Diesmal fanden sich jedoch ausreichend Freiwillige, die sich für eine Wahl zur Verfügung stellten. Der neue Landesvorstand setzt sich nun aus Peter Hettlich (Leipzig), Axel Heinze (Oschatz), Falk Bräuer (Bärenstein bei Altenberg), Jörg Klemm (Lichtenberg) und Andrea Schubert (Dresden) zusammen. Zum neuen

Landesvorsitzenden wurde der ehemalige Bundestagsabgeordnete Peter Hettlich aus Leipzig bestimmt. Der sagt über sich selbst: „Einmal Bauer – immer Bauer. Nachdem ich zehn Jahre einen Grünlandbetrieb in der Eifel im Nebenwerb geführt hatte, ging ich der Landwirtschaft 1990 durch meinen Umzug nach Sachsen und meine berufliche Tätigkeit u.a. als Projektsteuerer und Mitglied des Bundestages zunächst verloren. Durch meinen Rückzug aus der Politik habe ich endlich mehr Zeit für den Aufbau unseres Bauernhofes im Altkreis Döbeln und ein Engagement für die Belange der bäuerlichen Landwirtschaft in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Mich reizt es, im Chor der üblichen Bauernvertreter ein paar andere Töne anzuschlagen, für kreative Unruhe zu sorgen und den Zusammenhalt unter unseren Mitgliedern zu stärken.“

AbL-Sachsen

Im Zeichen des Weltagrарberichts!

MV der AbL Baden-Württemberg

Thematischer Schwerpunkt der Landesmitgliederversammlung der AbL Baden-Württemberg am 7. März im Sonnenzentrum Rottenburg-Oberndorf war der Weltagrарbericht. Benny Haerlin von Save our Seeds sprach darüber, dass laut dem Weltagrарbericht „ein Weiter-so“ der industriellen Landwirtschaft keine Option sei. Die Erkenntnis des Berichts, dass auch zukünftig bäuerliche Landwirtschaft die Welt ernähren wird, in die Politik und an die Universität zu tragen, hat sich die AbL in Baden-Württemberg für das Jahr 2010 zum Ziel gesetzt. So entsteht derzeit auf Anregung der AbL ein Bündnis unter dem Namen „Bäuerliche AgrarZukunft Baden-Württemberg – Bauern und Verbraucher für gesunde Lebensmittel“ mit dem BDM, Forum Schwarzwaldbauern, Bioland, Demeter, BUND, FIAN, Fresh (Studentengruppe der Uni Hohenheim), das sich als gemeinsames Sprachrohr für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik, speziell im Hinblick auf die GAP 2014, sieht. Geplant sind für den Herbst eine Auftaktveranstaltung, eine Presserundfahrt zu zukunftsfähigen bäuerlichen Betrieben und eine Veranstaltung zur Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2014 in Hohenheim. Der neue Landwirtschaftsminister Rudolf Köberle aus Oberschwaben äußerte sich überraschenderweise recht positiv über ein gentechnikfreies Baden-Württemberg. Darin setzt der Vorstand viel Hoffnung und bemüht sich nach der langen Durststrecke unter Minister Hauck um neue Kontakte zum Landwirtschaftsministerium, um die Blickrichtung auf eine zukunftsfähige bäuerliche Landwirtschaft zu lenken.

Weiter stellte sich auch die Junge AbL, vertreten durch Regina Metzger und Jan Wendel, vor und warb für ihre Auftakttagung „Bäuerliche Landwirtschaft hat Zukunft“ vom 23. bis 25. April auf Burg Lohra in Thüringen.

Der Bericht von Bundesgeschäftsführer Georg Janßen über die Einführung der Amflora-Kartoffel und den dubiosen Weg dieser Kartoffel in den Koalitionsvertrag motivierte die anwesenden Mitglieder, sich wieder stärker in der Anti-Gentechnikbewegung zu engagieren. Bei der Milchpolitik steht der Beitritt in das Milkboard weiterhin im Vordergrund. Die Milchbauern werden sogar vom Kartellamt aufgefordert, dort einzutreten, um die ungleiche Situation der Marktpartner auszugleichen, so die Berichterstatterin des Bundeskartellamtes, Frau Eva-Maria Schulze, auf der Milchtagung in Warburg-Hardehausen. Das müsste doch Motivation genug sein, diesen Schritt endlich zu wagen.

Nach dem umfassenden Bericht über die Tätigkeit der Bundes AbL hatte Georg Janßen die Ehre, als Erster die direkt aus der Druckerei angelieferten AbL T-Shirts mit dem Aufdruck „Power to the Bauer – Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ überzuziehen. Die neuen T-Shirts haben die Landesverbände Rheinland-Pfalz/Saarland und Baden-Württemberg herstellen lassen. Die T-Shirts sind aus biologischer Baumwolle und fair gehandelt. Sie sind für alle Interessierten zu einem fairen Preis von 15 Euro bei der Geschäftsstelle der AbL Baden-Württemberg unter 07032-91999 oder fritz_jochen@web.de erhältlich. *Jochen Fritz*

Betriebsspiegel:

Ackerbau mit Winterweizen, Silomais (Biogas), Winterraps, Roggen (Biogas)
15 ha Grünland, 60 Jungrinder in Niedersachsen / Hardegsen

Kühe gab es schon immer auf unserem Hof. Mein Urgroßvater Carl Wißmann hielt vor rund 80 Jahren 7 Kühe. Die Milchkontrollbücher aus dieser Zeit sind fast so historisch wertvoll wie die dort aufgeführten Namen der prämierten Kühe. Heute werden wohl auch noch in manchem Kuhstall die Kühe Lola, Hertha, Irma, Liese, Rita, Röschen oder Martha genannt, eine der wenigen Kostanten in der Zeit. Die Molkerei war im Nachbarn, nur 2 km entfernt, der Milchkontrollleur wohnte direkt gegenüber. Die täglichen Milchleistungen reichten von 10 bis an fast 20 Liter pro Kuh heran. Gemolken wurde damals sogar auch schon dreimal täglich. Bis zu 2.000 Liter

Milch wurden so in einem Monat von meinem Urgroßvater produziert. Er konnte damit seine Familie sowie einen Knecht, eine Magd und viele Aushilfskräfte übers Jahr gut ernähren und den Hof entwickeln. Zeitsprung, drei Molke- und fünf Molkereifusionen später: Vor 6 Monaten noch produzierte unser Betrieb täglich fast 2.000 Liter Milch von 60 Kühen. Die Kühe wurden auch heutzutage dreimal gemolken. Allerdings nicht wie früher von einem sogenannten „Schweizer“ morgens, mittags und abends, sondern von einem automatischen holländischen Melker namens „Lely Astronaut“ rund um die Uhr. Was für eine effektive Produktionssteigerung! Was hätte mein Urgroßvater wohl gesagt, wenn er ein Urteil zu dieser modernen Wirtschaftsweise hätte abgeben können? Ich weiß es nicht. Einerseits wäre er bestimmt über den Komfort und die Ef-

fizienz bei der heutigen Arbeit in Stall und Feld erstaunt gewesen, andererseits hätte er bestimmt nicht gedacht, dass wir heute auf den Höfen jeglicher stabilisierender Funktion als Ernährer der Nation entmündigt werden und regelrecht durch das „System Markt“ von wenigen „Flaschenhalsbetrieben“ ausgeraubt werden können. Anstatt besserer eingeforderter Marktbedingungen von der Politik gibt man uns lieber mit Segen des Bauernverbandes Liquiditätsprogramme. Eine fatale Spirale in den Abgrund.

Wir haben uns nach langem Abwägen in der Familie im vergangenen Sommer dazu entschlossen, dieses Spiel nicht mehr mitzumachen, die Milchproduktion einzustellen und den Großteil des fähigen Grünlandes am Hof umzubrechen. Dieser Betriebszweig stellte für uns bisher die Hauptumsatzquelle dar. Ich sage bewusst Umsatz, denn bei

Milchpreisen um 22 Cent ist an ein Einkommen und eine Weiterentwicklung des Betriebes – aus eigener Kraft – nicht zu denken.

Auch wenn nun eine lange Tradition der Milchproduktion damit bei uns zu Ende geht, die täglichen Belastungen jeglicher Art endeten damit auch schlagartig. Allein die ausbleibenden Rechnungen für Kraftfutter, Mineralfutter, Strom, Wasser, Tierarzt, etc. sind eine reine Wohltat fürs Gemüt. Solche harten Richtungsentscheidungen sind zwar nicht mehr umkehrbar, aber manchmal unausweichlich. Zudem unsere Stallungen nun schon betagte 60 Jahre alt waren und die arbeitswirtschaftliche Situation durch eine komplette Aufstallung auf Stroh keine Dauerlösung sein sollte. Eine Einkommensalternative hatte ich natürlich vorher eingeplant, jedoch ergaben sich plötzlich viele weitere interessante Beteiligungsmöglichkeiten, an die ich vorher nie gedacht hätte. Letztlich bin ich vom Kunden zum freien Mitarbeiter bei einem bekannten Melktechnikanbieter geworden. Ich gebe zu, unsere gesamten Betriebsumstände waren für die Umstellung zum Ackerbaubetrieb mit Jungviehaufzucht sehr günstig, aber meine Botschaft soll hier eigentlich sein: Es geht auch anders und vor allem immer weiter! Viele ungeahnte Möglichkeiten eröffnen sich erst, nachdem man eine solche Entscheidung getroffen hat. Ich wünsche mir für die lieben Kollegen ähnlich umsetzbare Lösungen, der Milchpreiskrise schnell und unversehrt zu entkommen. Ich stehe euch aber weiter bei, wenn es darum geht, für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen.

Christian Thiele

Die Perspektive ändert sich!

Die Entscheidung stand eigentlich schon fest. Schon vor zwei bis drei Jahren hatten mein Mann und ich uns entschieden, die Milchkühe abzuschaffen. Wir sind jetzt beide über sechzig. Unsere Tochter möchte den Betrieb im Nebenerwerb weiterführen. Sie liebt die Tiere. Das Melken aber, das sagte sie schon vor zehn Jahren, ist nicht ihre Sache. Parallel zur Milchviehhaltung entstand so in den vergangenen Jahren eine kleine Mutterkuhherde. Unter diesen Bedingungen wollten wir natürlich nicht mehr in den Stall und die Melktechnik investieren. Die Kühe standen in einer alten Anbindehaltung mit Holzfreßgitter. Gemolken wurde in einer Rohrmelkanlage. Das Futter musste per Hand in den schmalen Futtergang getragen werden. Gemistet wurde mit der Schubkarre. Auch bei 20 Kühen eine anstrengende Arbeit. 2008 haben wir auf biologischen Landbau umgestellt. Damit war klar, im Dezember 2009 ist Schluss mit der eigenen Milch, denn obwohl die Kühe im Sommer jeden Tag auf die Weide kommen, hätten wir den Stall auch wegen der Milch- und Arbeitsqualität deutlich umbauen müssen. Die Kühe sollten weg. Aber wie?

Ich bin mit den Kühen groß geworden. Mit zwölf mussten wir beim Melken helfen. Vor allem im Sommer, wenn die Zeit knapp war, waren wir Kinder gefordert. Damals wurde noch mit der Hand gemolken. 1965 kam die Eimermelkanlage. In den 70er Jahren, mit der Geburt unserer zweiten Tochter, haben wir dann eine Rohrmelkanlage eingebaut. Schon immer drehte sich auf dem Betrieb alles um die Kühe.



Keine Kühe mehr

Und jetzt sollten sie weg?

Wenn man so lange seinen Tieren gelebt hat, jedes einzelne kennt, dann fällt es schwer, sich zu trennen. Seit wir uns entschieden hatten aufzuhören, haben wir die Kuhzahl nach und nach reduziert. Haben die alten Kühe geschlachtet und selbst vermarktet. Mitte vergangenen Jahres waren dann noch vier Kühe übrig. Die Milch wurde immer weniger. Nach der ersten Melkzeit reichte der Rührer der Kühlung kaum in die Milch, die Kühlung war nur unzureichend. Das Milchgeld marginal. Trotzdem verbrachten wir morgens und abends noch eine Stunde im Stall. Den ganzen Sommer überlegte ich, wo wir die drei tragenden Kühe unterbringen könnten. Sie sollten eine gute Bleibe haben und nicht beim Viehhändler landen. Dennoch, die Kühe mussten weg.

Im Herbst bekam ich eine Knieentzündung, sodass ich kaum noch melken konnte. Auch der schlechte Milchpreis machte die Trennung leichter. Zum Glück hatten wir in dieser Zeit keine unerwarteten Reparaturen im Stall.

Genau in dieser Situation rief ein bekannter Biobauer aus der näheren Umgebung an, der von unserer Entscheidung aufzuhören wusste. Er fragte, ob wir nicht eine Kuh für ihn hätten. Wir haben sogar vier, sagte ich ihm. Schon am nächsten Tag waren die drei trächtigen Kühe umgezogen. Die Vierte wurde zwei Tage später an einen anderen Betrieb verkauft.

Dass es einmal so schnell gehen würde, hätte ich nicht für möglich gehalten. Für mich war es aber gut so. Die Tiere wusste ich in guten Händen. Mit meiner Knieentzündung hätte ich nicht

mehr melken können. So schwer die Entscheidung auch war, eine Tradition zu beenden, auf diese Weise war es ein guter Ausstieg.

Inzwischen ist das Knie wieder fast in Ordnung. In einer Ecke des Stalls entsteht gerade ein kleines Bad. Ein Trostpflaster sind die Mutterkühe, die in der umgebauten Scheune untergebracht sind. Für die Urlaubsgäste bleiben es Ferien auf dem Bauernhof, auch wenn das Melken schon ein besonderes Highlight war. Nicht zuletzt aber ist sichergestellt, dass ich ab und zu nachts aufstehen und nach den Kalbinnen schauen kann.

Margit Gold

Betriebsspiegel:

Betrieb im Bergwinkel zwischen Vogelsberg, Spessart und Rhön
21 ha Wiesen und Klee gras
9 Mutterkühe, 3 Bullen und 9 Fresser

Massentierhaltung: Zu viel auf zu wenig Fläche

Ein Interview mit Friedrich Ostendorff, Bauer in Westfalen und Agrarpolitiker in Berlin zu seinen aktuellen Arbeitsschwerpunkten im Bundestag

Unabhängige Bauernstimme: Herr Ostendorff, Sie sind jetzt ein halbes Jahr in Berlin. Wenn man auf Ihrer Homepage nachschaut, findet man einen ganzen Pool von Themen und Initiativen. Untätigkeit kann man Ihnen nicht vorwerfen. Gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit haben Sie 10 Themen zu notwendigen Schritten auf dem Weg zu fairen Milchpreisen formuliert. Welches ist die zentrale Forderung des Bauern Friedrich Ostendorff?

Ostendorff: Die Milchmenge muss auf den Bedarf ausgerichtet sein. Milchmengensteuerung ist der zentrale Hebel der Milchpreisgestaltung. Außerdem haben wir im Bundestag beantragt, mit einer Bündelungsoffensive die Gründung von Erzeugergemeinschaften zu fördern. Leider hat die Koalition dagegen gestimmt.

haben zentral mit der Landwirtschaft zu tun. Wo sehen Sie Ansätze, die die Landwirtschaft in Deutschland leisten kann bzw. muss?

Mein Ziel ist, die Bundesregierung immer wieder zu treiben, Farbe zu bekennen und sich z.B. hinter den Weltagrarbericht zu stellen, was sie bisher verweigert. Mit dem Fraktionsbeschluss „Bäuerliche Landwirtschaft stärken“ haben sich die Grünen eindeutig positioniert. Wir werden versuchen, den Belangen der bäuerlichen Landwirtschaft auch aus der Opposition heraus Gehör zu verschaffen.

Welche Rolle spielt die Massentierhaltung bei Ihrer aktuellen Arbeit?

Massentierhaltung ist derzeit neben der Milch mein Schwerpunktthema. Das liegt zum einen in meiner Arbeit als

zahlen nach oben. Muss die Politik regulierend eingreifen?

Die Kommunen müssen zunächst die heute schon bestehenden Instrumente der Bauleitplanung ausnutzen. Insbesondere die von der CDU geführten Kommunen nutzen diese Möglichkeiten nicht. Sie gehen direkt den einfachen Weg und berufen sich auf den § 35 (1) Nr. 4 BauGB, der einen allgemein formulierten Privilegierungstatbestand enthält. Im Bund müssen wir dafür sorgen, dass das Baugesetzbuch in diesem Punkt geändert wird. Das Bundesimmissionschutzgesetz und die Geruchsimmisionsrichtlinie (GIRL) sind so anzupassen, dass sie dem Vorsorgeprinzip gerecht werden. Das gilt auch für die Frage, ab welcher Größenordnung BürgerInnen und Bürgern die Möglichkeit einer Beteiligung am immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren gegeben wird.

Neue Ställe werden vorwiegend im Außenbereich gebaut. Von vielen außerlandwirtschaftlichen Investoren wird dieses Privileg genutzt, um große Anlagen zu bauen.

Der § 35 (1) Nr. 4 BauGB dient als Auffangtatbestand für alle Vorhaben, die im § 35 nicht ausdrücklich definiert sind. Das trägt zur massiven Ausbreitung von Massentierhaltungsanlagen bei, die genauso behandelt werden, wie Bauern vor Ort, deren Höfe schon seit Generationen existieren.

Muss in Zukunft also auch der Außenbereich überplant werden?

Ja leider, wenn die Invasion der Massentierhaltung uns dazu zwingt, muss man auch darüber nachdenken, den Außenbereich zu überplanen oder Konzentrationszonen auszuweisen. Ich bin kein Fan von dieser Vorgehensweise und hoffe, dass wir dies in Zukunft vermeiden können. Zum einen ist es ein sehr kompliziertes Verfahren. Zum Anderen würden wir auf diese Weise Konzentrationszonen schaffen, in denen dann alle noch genehmigungsfähigen Stallanlagen konzentriert würden.

Derzeit boomt der Neubau von Mastanlagen egal ob Schwein oder Huhn. Kommen Ihre Forderungen da nicht zu spät?

Wir sind augenblicklich in der Situation, dass man sagen muss: Halt, wir müssen erst mal bremsen. Die Entwicklungen gehen so schnell, dass wir kaum noch Möglichkeiten haben, steuernd einzugreifen. Zuerst geht es darum, Kommunen und Kreise auf die Entwicklungen aufmerksam zu machen und ihnen auch zu sagen, dass sie alle Bauanfragen erst

einmal ein Jahr auf Eis legen können.

Viele Menschen sind aus der Stadt aufs Land gezogen. Welche Reaktionen erleben Sie im Zusammenhang mit dem Neubau von Ställen?

Ich weiß, dass im Westen und Norden von Münster 80 neue Hähnchenställe entstehen sollen. Die Gemeinden sind damit in der Regel vollkommen überfordert. Gerade diese Dörfer und Städte haben sich viele Menschen, die in Münster arbeiten, als Wohnort ausgesucht, um dort ihr ruhiges Wochenende zu verbringen, im Garten zu liegen und ihre Freizeit am Feierabend zu verbringen. Jetzt haben sie diese Blechhütten vor der Tür und die stinken auch noch. Das erfreut natürlich nicht.

Das hört sich nicht besonders optimistisch an. Gibt es noch eine Möglichkeit, die Entwicklungen zum Positiven zu wenden?

Es gibt die ungeheure Chance, bäuerliche Landwirtschaft als Zukunftsmodell zu implementieren. Mut zu haben, nicht zu sagen: Es ist alles so furchtbar, wir sterben ab. Diese Menschen haben eine klare Vorstellung und die heißt: bäuerliche Landwirtschaft statt industrieller Produktion, Bauernhöfe statt Agrarfabriken. Deshalb hat das Bündnis auch genau den richtigen Namen. Dieser AbL-Leitspruch ist bei allen Aktiven im Kopf und wird jetzt mit Leben gefüllt.

Sie sprechen vom wachsenden Einfluss der Städter, die auf dem Land wohnen. Welche Rolle spielt die Landwirtschaft?

Die Bauern, die nicht in den Genuss dieser „großzügigen“ Stallanlagen kommen, sind durchaus, das erlebe ich im Münsterland, an der Seite der Bürgerinitiativen. Bei den Veranstaltungen sind in der Regel nicht die Betreiber anwesend, aber die Nachbarn, die höchst alarmiert sind und wissen wollen, was in ihrer Umgebung vorgeht. Ich war selten optimistischer, was den Bereich bäuerlich angeht als heute.

Wie äußert sich dieser Optimismus?

Das Thema ist präsent. Man bekommt auf einmal Bündnispartner, in der Verbraucherschaft, in der Nachbarschaft, die man so gar nicht erwartet hätte. Diese Menschen haben oft Zeit, die kümmern sich, sind intellektuell fit genug, das alles zu begleiten. Aus diesem Grund ist auch das „Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ so wichtig.

Vielen Dank für das Gespräch.



Friedrich Ostendorff: Politik begeisterte ihn schon in seiner Jugend

Foto: Ostendorff

Welches genau sind Ihre Aufgaben in der Grünen Fraktion?

Ich bin der agrarpolitischen Sprecher der Fraktion und von daher für alle Agrarthemen des Ausschusses Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zuständig.

Sie sind seit vielen Jahren Mitglied der AbL. Ist es schwierig grüne und AbL Positionen zu verbinden?

Nein, an diesem Punkt noch überhaupt nie. Ganz im Gegenteil. Ich finde, dass AbL-Politik noch nie so bei den Grünen beheimatet war. Das liegt natürlich auch an den Personen. Vor allem aber ist das zentrale Thema der AbL, die bäuerliche Landwirtschaft, auch bei den Grünen wieder ein aktuelles, modernes und auch wirtschaftspolitisches Thema.

Der Klimawandel und die Welternährung sind die aktuellen Themen. Sie

BUND Agrarsprecher begründet, wo ich viel mit diesem Thema zu tun hatte, aber vor allem, weil es derzeit eines der vordringlichsten Themen ist.

Wie definieren Sie Massentierhaltung?

Massentierhaltung ist für mich alles, was zu viel auf zu wenig Fläche ist. Wenn einer in einem Schuppen auf einem Quadratmeter 22 Hähnchen hält, ist das auch Massentierhaltung. Das ist für mich die richtige Definition von Massentierhaltung. Das ist die Frage des Platzangebots, der Möglichkeit für die verschiedenen Tierarten, sich entsprechend ihres Bewegungsdrangs auszuleben, ganz unabhängig von den absoluten Zahlen.

Derzeit findet ein weiterer Industrialisierungsschritt in der Tierhaltung statt. Beim Geflügel, aber vor allem in der Schweinemast schnellen die Tier-

Dalli hat Methode

Warum es nicht verwunderlich ist, dass Amflora jetzt zugelassen wurde

Mit einem Paukenschlag machte John Dalli kurz nach seinem Amtsantritt als neuer EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz auf sich aufmerksam. Er ließ die gentechnisch veränderte Stärkekartoffel Amflora der BASF zu, die vorher bereits 14 Jahre darauf warten musste. Amflora enthält ein Antibiotikum, so dass sogar die EU-Gesundheitsbehörde Bedenken gegen die Zulassung geäußert hatte. John Dalli hat mit seiner Entscheidung viele Gentechnikgegner verblüfft, dabei hätte man bei genauerem Hinsehen vorher erkennen können, ja müssen, dass er so handeln würde und auch zukünftig einen zulassungsfreundlichen Kurs fahren wird. Den hatte man seinem Vorgänger in Sachen Gentechnik, dem ehemaligen Umweltkommissar Stavros Dimas, schon zugeordnet. Nicht zuletzt in dieser Erwartungshaltung hatte Kommissionspräsident José Manuel Barroso den Griechen ins Amt geholt. Dimas verhielt sich aus welchen Gründen auch immer – man munkelt von einer gentechnikkritischen Tochter – anders und entschied zunehmend schon beim kleinsten Zweifel gegen die Gentechnik, obwohl er sich sogar mit der Landwirtschaftskollegin und dem Gesundheitskollegen abstimmen musste, und die Beide nun auch keine ausgewiesenen gentechnikkritischen Geister waren. Kommissionspräsident Barroso sah das mit Missfallen, konnte aber nicht wirklich etwas dagegen unternehmen. Seit das EU-Parlament bei der Verabschiedung der Freisetzungsrichtlinie die Kompetenz für die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen an die Kommission abgegeben hat, liegt alle Macht beim Kommissar. Dies gilt, wenn der Rat wie üblich keine Entscheidung für oder gegen die jeweilige Zulassung trifft. „Barroso machte nach den Wahlen klar Schiff“, sagt der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Er sorgte erstens dafür, dass die Gentechnik nun in die alleinige Zuständigkeit des Gesundheits- und Verbraucherressort verlegt wurde und setzte auf dessen Stuhl diesmal den sicher als Gentechnikfreund ausgewiesenen John Dalli. Obwohl Dimas signalisiert hatte, dass er gerne weitermachen würde, war für ihn dann leider kein Posten in Brüssel mehr frei. Dalli ist in vielerlei Hinsicht Barrosos Idealbesetzung. Er kommt aus dem kleinen Mitgliedsstaat Malta, ohne viel kritisch eingestelltes Volk, auf das er Rücksicht nehmen müsste. Er war in seiner politischen Vergangenheit eher mit Gesundheitsthemen befasst als mit Landwirtschaft oder gar Gentechnik. Zahlreiche Vorwürfe der Förderung bestimmter Industrieinteressen in Malta lassen nicht gerade einen Menschen vermuten, der eine kritische Distanz zu Konzern-

lobbyisten hält.

Flagge zeigen

Bei seiner Vorstellung als Kandidat für den Kommissionsposten im Europäischen Parlament glänzte er denn auch mehr mit Aussagen zur Gesundheitspolitik, denn zur Gentechnik. Da blieb er wenig konkret und verwies auf Vorschläge seines Kommissionspräsidenten. Der hatte zuvor schon, noch um Dimas' Autorität zu untergraben, Vorschläge für eine beschleunigte Zulassung und eine stärkere Mitbeteiligung der Mitgliedsstaaten an der Zulassung auf den Weg gebracht. Dies muss er nun nicht mehr verfolgen, zumal es eine neuerliche Mitentscheidung des EU-Parlaments bedeuten würde. „Da ich Barroso in Sachen Gentechnik als ziemlich resistent erachte, bleibt als Adresse nun vorrangig unsere Ministerin. Sie muss nun Flagge zeigen und darf sich nicht hinter der EU verstecken“, sagt Graefe zu Baringdorf. Ihr bleibt einerseits die Möglichkeit, mit strengen Koexistenzregeln im Abstands- und Haftungsbereich die Gentechnik in Schach zu halten, wie es schon Österreich vormacht. Außerdem, wenn ihre Bedenken beim Gentechnikmais Mon 810 des Gentechnikkonzerns Monsanto ernst gemeint waren, muss sie bei der gesundheitlich viel bedenklicheren Amflora nun erst Recht auf die Bremse treten. Bei Mon 810 ist zu erwarten, dass Kommissar Dalli ihn demnächst zulassen wird. Dies wird auch am Verhalten des Konzerns Monsanto deutlich, der sein Verfahren gegen das Aigner-Verbot von Mon 810 in Deutschland nicht weiter verfolgt, um schnell auf ein positives Zulassungssignal aus Brüssel reagieren zu können. Vollständig unverständlich und empörend ist der Tatbestand, dass Ministerin Aigner der Aussetzung des Verfahrens zugestimmt hat. Hier hat die gentechnikkritische Bewegung zukünftig umso mehr die Aufgabe, Ilse Aigner ihr offensichtlich schwaches Rückrad zu stärken. cs

Kurzes am Rande

GV-Pflanzen in Europa auf dem Rückzug

Nach Angaben des International Service for the Acquisition of Agri-biotech Application (ISAAA) vorgelegten Jahresberichtes 2009 wurden im Jahre 2009 weltweit auf 134 Millionen Hektar gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut. Das heißt, dass trotz massivster Lobbyarbeit der Gentechnik-Industrie weltweit weiterhin über 90 Prozent der Ackerflächen gentechnikfrei sind und die große Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern nach wie vor keine Gentechnik anbauen. Nach den Angaben der von der Gentechnik-Industrie finanzierten ISAAA werden über 85% der GV-Pflanzen in Amerika angebaut. USA: 64,0 Mio ha (48%), Brasilien: 21,4 Mio ha (16%), Argentinien: 21,1 Mio ha (16%) und Kanada: 8,2 Mio ha (6%). Weitere Anbauländer sind: Indien: 8,4 Mio ha (6%) und China: 3,7 Mio ha (2,8%). In Europa hingegen gehen die Anbauzahlen zurück. Im Jahre 2009 wurden auf 94.700 Hektar GV-Mais angebaut, rund 12.000 Hektar weniger als 2008 (FoE: Who Benefits from GM Crops). Das sind 0,68% der gesamten europäischen Maisanbaufläche von 14 Mio Hektar. Mitgerechnet wurden in diesen Zahlen 3.000 Hektar illegaler Anbau in Polen. In Spanien, Tschechien, der Slowakei und Rumänien ist der Anbau auf dem Rückzug. Deutschland und Luxemburg hatten 2009 den Gen-Mais-Anbau wegen ökologischer Risiken verboten. Damit haben aktuell sechs EU-Mitgliedsstaaten ein Anbauverbot für MON810 – neben den genannten auch Österreich, Ungarn, Griechenland und Frankreich. Auch in Indien wurde gerade erst ein Anbauverbot für GV-Auberginen ausgesprochen. Annemarie Volling



John Dalli bei seiner Anhörung im Parlament.

Foto: EU

„Lebensmittel ohne Gentechnik“

Mit der Gründung des Vereins „Lebensmittel ohne Gentechnik“ hat Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner die Nutzungsrechte des Labels „ohne Gentechnik“ an ihn übergeben. Mit der Kennzeichnungsangabe „Ohne Gentechnik“ dürfen seit Mai 2008 tierische Erzeugnisse gekennzeichnet werden, wenn auf gentechnisch veränderte Futtermittel verzichtet wurde. Mit der Einführung des Logos wurde auch dem Wunsch der Verbraucherverbände und Teilen der Lebensmittelwirtschaft entsprochen. Eine verbindliche Kennzeichnung für tierische Produkte wie Milch, Eier oder Fleisch einzuführen, die von Tieren stammen, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, ist nach den Vorgaben des europäischen Lebensmittel-Kennzeichnungsrechts gegenwärtig nicht möglich. Eine solche Regelung kann nur auf europäischer Ebene getroffen werden. Dafür setzt sich die Bundesregierung ein. Um in der Zwischenzeit in Deutschland diese Lücke zu schließen, erhält die Wirtschaft mit dem „Ohne Gentechnik“-Logo die Möglichkeit, freiwillig Transparenz zu schaffen. pm

BASF-Gentechnik-Kartoffel kommt nicht in Frage

EU-Kommissar lässt Amflora zu – Stärkeindustrie meldet Bedenken an

Als erste Amtstat hat der neue EU-Gesundheits- und Verbraucherkommissar John Dalli am 2. März 2010 die gentechnisch veränderte Stärkekartoffel „Amflora“ der BASF zum Anbau und zur industriellen Verwertung in der EU zugelassen. Die BASF betont, dass die neue Stärkekartoffel rein für die industrielle Verwertung, bspw. zur Papierherstellung genutzt wird, nicht für Lebensmittel. Zeitgleich bewilligte die EU-Kommission die Zulassung der Amflora als Futtermittel und auch als Lebensmittel, bis zu 0,9 Prozent GVO-Anteil. Diese Form der Zulassung ist ungewöhnlich, denn nach der geltenden Rechtslage gibt es keinen Grenzwert bei Zulassungen. Entweder ein GVO hat eine Zulassung oder es gilt Nulltoleranz. Dass Kontaminationen sicher auszuschließen sind, scheint selbst die BASF nicht zu glauben. Mit dieser 0,9 Prozent-Zulassung für Lebensmittel hat die BASF nun von der EU-Kommission eine „Verschmutzungslicenz“ bekommen und muss bei Verunreinigungen die Ware nicht aus dem Verkehr ziehen.

Der Ludwigshafener Chemiekonzern BASF entwickelte die GV-Kartoffel in den 90er Jahren. Rund 7 t/ha weniger Ertrag bringt sie als konventionelle Vergleichssorten. Mehr als 14 Jahre hat Amflora für den Zulassungsprozess gebraucht und das nicht ohne Grund: Sie steht stark in der Kritik, sowohl unter gesundheitlichen, ökologischen, aber gerade auch unter wirtschaftlichen Aspekten. Unverständlich, dass ein EU-Gesundheitskommissar die Warnungen sowohl der Weltgesundheitsorganisation (WHO), als auch der Europäischen Arzneimittelbehörde EMA ignoriert und den Anbau und die Verwendung einer Pflanze erlaubt, die eine Resistenz gegen zentrale Antibiotika im Kampf gegen die Tuberkulose enthält.

Industrie skeptisch

Ob sich die gentechnisch veränderte Stärkekartoffel Amflora auf dem Acker und in den Stärkefabriken durchsetzen wird, entscheidet sich in der Praxis. Die Stärkeindustrie jedenfalls hat sofort Bedenken angemeldet. So erklärte der Laborleiter Henk Jaap Meijer der Emsland Stärke GmbH gegenüber der *Neuen Osnabrücker Zeitung*: „Die ursprüngliche Planung war, im Fall der Zulassung durch die EU-Kommission den Anbau der Gen-Kartoffel zu starten.“ Doch in der Zwischenzeit habe sich die Meinung geändert: „Wir sehen zurzeit keine Möglichkeit, Amflora anzupflanzen. Die Konsequenzen wären zu groß.“ Denn das Risiko, Geschäfts-

partner zu verlieren, sei zu hoch (aus NOZ, 3.03.2010).

Avebe, ein niederländischer Stärkekonzern, erkennt zwar die potenziellen Möglichkeiten an, die durch die Zulassung der Amflora für künftige Entwicklungen bei Non-Food-Anwendungen zur Verfügung stehen würden, bekennt sich aber klar zur eigenen, gentechnikfreien Amylopektin-Stärkekartoffel „ELIANE“. Eliane wurde in firmeneigenen Züchtungsforschungsinstituten durch traditionelle Methoden in den letzten fünf Jahren entwickelt und wird „jetzt sehr erfolgreich im Lebensmittel- und Non-Food-Bereich vermarktet“. Avebe stellt klar heraus, dass sie „nur

wir unsere Bauern in Anbauverträgen dazu, dass sie gentechnikfrei liefern. Gegenüber der Lebensmittelindustrie müssen wir garantieren, dass wir gentechnikfreie Ware anliefern. Sorten, die einen höheren Stärkegehalt haben, sind durchaus wünschenswert und können eine Zukunft haben – sofern sie gentechnikfrei gezüchtet sind und sowohl die Erträge als auch die Stärkegehalte stimmen.“

Bauern wollen Amflora nicht

Auch auf dem Acker scheint eine Trennung nicht möglich: „Viele Bauern bei uns bauen Stärkekartoffeln an, die dann in der Lebensmittelverarbeitung



Ob bei der Fendtwerbung überhaupt Kartoffeln im Acker liegen?

Foto: Fendt

gentechnikfreie Stärkekartoffeln in allen (ihren) Werken verarbeitet und zu diesem Zeitpunkt weder GV-Stärke erzeugt noch verkauft oder daraus hergestellte Eiweiße“ (Statement der Avebe zur Amflora vom 15.03.2010, eigene Übersetzung). „Für uns kommt Amflora definitiv nicht in Frage“, so Josef Königbauer, Geschäftsführer der Firma Südstärke auf Anfrage der *Bauernstimme*. „Wir beliefern Lebensmittelkunden in Deutschland und in der EU. Unsere Kunden wollen gentechnikfreie Ware, da können wir uns einen Anbau von Amflora nicht erlauben. Unsere Stärke wird in zwei Fabriken verarbeitet, die Stärke lagert dann in Großsilos, wir verkaufen sie kontinuierlich übers Jahr. Sowohl als Industrierohstoff für technische Produkte, als auch gerade für die Lebensmittelindustrie – darunter Großkonzerne aber auch kleine und mittlere Lebensmittelverarbeitungsunternehmen. Schon lange verpflichten

oder als Industrierohstoff verwendet werden können. Gleichzeitig vermehren sie Pflanzkartoffeln und erzeugen Speisekartoffeln. Deshalb sind wir sehr sensibel, wir wollen uns unseren guten Ruf nicht durch eine gentechnisch veränderte Kartoffel kaputt machen lassen, die niemand braucht und die unsere Märkte zerstören würde“, kommentiert Reiner Huber, konventioneller Kartoffelbauer, Erzeugergemeinschaft Qualitätskartoffeln Neuburg-Schrobenhausen und Mitglied der Südstärke. Schon jetzt zeichnet sich die Stärkekartoffelerzeugung durch eine enge Regeldichte aus. Bei der patentgeschützten GV-Kartoffel Amflora hat sich der Inverkehrbringer BASF ein neues Vertragsmodell ausgedacht: „Die BASF beliefern die Stärkefabrik mit Pflanzkartoffeln, die sie dann an die Bauern verteilt. Die Stärkefabrik müsste sicher stellen, dass die Amflora-Kartoffeln auch wieder an die Fabrik

abgeliefert werden. So will die BASF ihre Lizenzen sicher stellen, indem sie die Stärkefabriken als Flaschenhals nutzen will. Das ist bisher nicht die Aufgabe der Südstärke. Mit der Amflora haben wir uns nicht näher beschäftigt. Die Lebensmittelindustrie zahlt uns einen guten Preis gegenüber der Industrie. Das wollen wir nicht aufs Spiel setzen“, erklärt Franz Schoderer, konventioneller Kartoffelbauer und Aufsichtsrat in der Südstärke.

Auch Verarbeiter gentechnikfrei

Bei den Burgi's GmbH Feinkostwerken in Neumarkt steht die Gentechnikfreiheit in ihrer Unternehmensphilosophie. „Unsere Kunden wollen gentechnikfrei. Ich bin da durchaus optimistisch, denn unser größter Lieferant, die Südstärke, hat uns schon vor Jahren versichert, dass GV-Kartoffeln für sie kein Thema sind. Sie können es sich nicht erlauben, GV-Kartoffeln zu verwenden, weil sie viele Lebensmittelstärke verarbeitende Unternehmen bedienen, die keine GVOs haben wollen. Auch bei Zusatzprodukten sind wir konsequent: Unsichere Zusatzprodukte, wo die Lieferanten uns keine Gentechnikfreiheit garantieren können, tauschen wir aus.“

Da tun wir alles, um gentechnikfrei zu bleiben. Wir vermehren unsere eigenen Sorten, die werden jährlich bei einem spezialisierten Labor auf Gentechnik untersucht. Auch Zwischen- und Endprodukte werden untersucht. Die Qualitätssicherung hinsichtlich der Gentechnikfreiheit kostet uns zwar jährlich mehrere tausend Euro, aber das ist es uns und unseren Kunden wert“, so Rudolf Braun, Leiter Einkauf Burgi's Feinkost.

Auch die BASF selber scheint nicht so richtig an den Erfolg von ihrer Amflora zu glauben. Warum sonst haben sie gleich nach ihrer Zulassung angekündigt, noch in diesem Jahr eine Amflora II in den Zulassungsprozess einzureichen? Im nächsten Jahr soll laut Ankündigung der BASF eine GV-Kartoffel für die Lebensmittelindustrie folgen. Österreich und Luxemburg prüfen schon ein Anbauverbot. Dr. Till Backhaus, Landwirtschaftsminister in Mecklenburg-Vorpommern, wo 20 Hektar Amflora-Anbau im Standortregister angemeldet sind, fordert Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner auf, ebenfalls ein Anbauverbot zu prüfen. Was hindert ihn daran, das selbst zu tun? Die gentechnikkritische Bewegung hat bereits Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern angekündigt.

Anemarie Volling
Koordination Gentechnikfreie Regionen in Deutschland

Glyphosat – ein gesundheits- und umweltverträgliches Herbizid?

Ein Überblick zu den Auswirkungen seines Einsatzes

Roundup ist das weltweit am meisten eingesetzte Herbizid, nicht zuletzt bedingt durch den Anbau gentechnisch veränderter Glyphosat-resistenter Pflanzen (RoundupReady Pflanzen). Seit 1974 ist Glyphosat, der Wirkstoff in Roundup, auf dem Markt. Er findet sich in Deutschland in über 50 Herbiziden für Acker-, Obst- und Weinbau, Zierpflanzen- und Forstbereich sowie im Haus- und Kleingarten. Glyphosat wird von Monsanto und anderen Firmen produziert. Die Hilfsstoffe in den Mitteln sind in der Regel Geschäftsgeheimnis. Sie können eigenständig toxisch sein, wie das aus Talg hergestellte Tallowamin in Roundup.

Glyphosat hemmt die Bildung bestimmter Aminosäuren in der Pflanze, dadurch bricht die Proteinsynthese ab, die Pflanzen stellen das Wachstum ein und sterben.

Glyphosat in Boden und Wasser

Glyphosat galt lange als vergleichsweise umweltverträglich, da es nur einen bestimmten pflanzlichen Stoffwechselweg angreife, im Boden rasch abgebaut werde und nicht ins Grundwasser gelange. Doch inzwischen ist klar, dass Glyphosat so harmlos nicht ist. Transgene RoundupReady (RR)-Sojabohnen schieden Glyphosat noch 16 Tage nach Applikation aus. Es bindet sich zwar relativ gut an Bodenpartikel, liegt aber in phosphatreichen Böden auch frei vor, da Phosphat die Bindungsstellen blockiert. Die Abbauraten von Glyphosat variieren erheblich, abhängig von den Bodenverhältnissen (Mineralien, organisches Material, Temperatur, pH-Wert). Das Abbauprodukt lässt sich über viele Monate nachweisen und kann wie auch Glyphosat selber ins Grund- und Oberflächenwasser gelangen, wie mehrjährige dänische Untersuchungen belegen.

Effekte auf das Bodenleben

Glyphosat beeinflusst das Bodenleben, da sein Zielenzym auch bei Mikroorganismen für die Bildung der aromatischen Aminosäuren notwendig ist. Zwar finden sich zumeist keine signifikanten Effekte auf Biomasse und Aktivität der Mikroflora, werden jedoch bestimmte Arten untersucht, zeigen sich erhebliche Effekte auf Zusammensetzung und Aktivität von Mikroorganismen. So wird die Art *Pseudomonas fluorescens*, die im Boden eine wichtige Rolle spielt und gegen pilzliche Schadereger wirkt, durch Glyphosat reduziert. Empfindlich reagieren auch Rhizobien, die Stickstoff-fixierenden Bak-

terien der Leguminosen. Wird aber die Stickstoff-Fixierung beeinträchtigt, verringert dies Proteingehalt, Wachstum und Ertrag der Pflanzen, vor allem unter Stressbedingungen. Auch Pilze reagieren unterschiedlich auf Glyphosat. Der parasitische Pilz der Gerste, *Cochliobolus sativus*, wird beispielsweise gehemmt, verschiedene Fusarienarten werden hingegen gefördert. In 10-jährigen US-Feldversuchen waren die Wurzeln von mit Glyphosat behandelten RR-Sojabohnen bis zu fünfmal und die von RR-Mais bis zu zehnmal häufiger von Fusarien besiedelt als nicht oder konventionell behandelte

Mangan im Boden binden und seine Aufnahme durch Pflanzen behindern, durch Glyphosat begünstigt. In den USA wird der breite Glyphosat-Einsatz bei RR-Pflanzen inzwischen vermehrt von Manganmangel begleitet. Da Mangan bei vielen pflanzlichen Prozessen, einschließlich der Krankheitsabwehr, eine wichtige Rolle spielt, beeinträchtigt Manganmangel nicht nur den Ertrag, sondern auch die Abwehrkraft der Pflanzen.

Glyphosat gelangt über den Boden auch in benachbarte oder nachfolgende Pflanzen und kann deren Keimung und Wachstum beeinflussen. Bei Dauerkul-

Gezeigt wurde dies in mehrjährigen Studien mit herbizidresistenten Pflanzen in England, wobei als Kontrolle nicht biologisch, sondern konventionell bewirtschaftete Flächen dienten.

Gesundheitliche Effekte

Schon länger gibt es Berichte über erhöhte Krebsraten bei Menschen, die glyphosathaltigen Herbiziden ausgesetzt sind, dies gilt insbesondere für maligne Lymphome (Krebs des lymphatischen Systems). Laut jüngsten Studien mit menschlichen Zellen schädigt Roundup/Glyphosat das Erbmateriale und verändert die Aktivität zahlreicher



Modernste Technik für den Pflanzenschutz. Wer schützt Boden, Grundwasser und Lebewesen?

Foto: Saatenunion

RR-Pflanzen. Aufgrund der für Mensch und Tier toxischen Pilzprodukte ist der Befall mit Fusarien ja sehr unerwünscht. Nach früherer Glyphosat-Behandlung wurden bei Weizen und Gerste noch nach 18 Monaten vermehrt Pilzkrankheiten (Fusarien und Schwarzbeinigkeit) beobachtet. Hingegen werden nützliche Pilze der Mycorrhiza, die die pflanzliche Aufnahme von Mineral- und Nährstoffen erleichtern, oder Pilze, die gegen Schadinsekten wirken, möglicherweise durch Glyphosat/Roundup gehemmt.

Auswirkungen auf die Fruchtfolge

Glyphosat bindet Mikronährstoffe (z. B. Eisen und Mangan) sehr leicht und reduziert deren Transport in die Pflanze. Zudem werden Bakterien, die

Enzyme (z. B. Obstbau) wurden denn auch Gesundheits- und Ertragsprobleme nach langjährigem Glyphosat-Einsatz beobachtet.

Wirkungen auf die Artenvielfalt

Toxische Wirkungen auf eine Reihe von Organismen durch Roundup/Glyphosat sind inzwischen belegt. Besonders empfindlich reagieren Amphibien: Ihre Embryonalentwicklung wird gestört und verzögert, viele Kaulquappen sterben. Glyphosat ist effektiver und wirkt breiter als selektive Herbizide und reduziert deshalb die Ackerbegleitflora sehr stark. Weniger Wildpflanzen auf und neben den Ackerflächen bedeuten weniger Insekten und weniger andere Tiere, etwa Vögel, die direkt oder indirekt von den Wildpflanzen leben.

Enzyme. Es hemmt beispielsweise ein für die Bildung von Steroidhormonen wichtiges Enzym, was sich negativ auf die menschliche Reproduktion auswirken kann – und dies bei Konzentrationen, die im Bereich des für die landwirtschaftliche Anwendung Empfohlenen liegen.

Martha Mertens, BUND

Zum Weiterlesen im kritischen Agrarbericht 2010: *Kollateralschäden im Boden. Roundup und sein Wirkstoff Glyphosat – Wirkungen auf Bodenleben und Bodenfruchtbarkeit* von Martha Mertens zu beziehen im AbL-Verlag

„Entre Campos“ – Von Bauer zu Bauer

Das „Bündnis Gentechnikfreies Hohenlohe“ besucht die Kleinbauernorganisation UNOSJO in Mexico. Bericht einer Reise in die Wiege des Mais

Noch ein wenig aus der Puste stehen die Hohenloher an einem Steilhang im Örtchen Santa Gertrudis in einem Maisfeld. Es ist heiß am späten Nachmittag. Sie lassen sich von einem Bauern der indigenen Gruppe der Zapoteken die dortige Anbaumform zeigen. Zwischen den Maispflanzen wachsen auf diesem halben Hektar Land auch Kürbisse und Bohnen. Dieser Mischfruchtanbau (Milpa) ist typisch für Mittelamerika und wird seit Jahrhunderten so gepflegt. Ob er noch andere Felder habe, wird der Bauer gefragt. Da streckt er seinen Arm aus und weist auf den gegenüberliegenden Berg. Täglich acht Stunden arbeitet er auf dem Feld. Ohne schweres Gerät, ohne Maschinen.

„Ihr müsst sehen, wie wir hier leben, um zu verstehen, was es bedeutet, den Mais zu verteidigen“, hatte Aldo González von der mexikanischen Partnerorganisation UNOSJO zu den Mitgliedern vom Bündnis Gentechnikfreies Hohenlohe gesagt, als er sie eingeladen hatte. Eine 18-köpfige Gruppe aus konventionellen und Demeterbauern, Aktivisten aus Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, Landfrauen und ein Händler von Wildblumensaat aus dem Bündnis folgte Anfang Februar diesem Aufruf in die Sierra Juárez. Knapp zwei Wochen sind sie in Mexiko unterwegs. Mitten in den Bergen. Im Dschungel. In einem Dorf ohne Stromversorgung. In der Mega-City Mexiko-Stadt. Immer auf den Spuren des Mais.

Das Erbe der Vorfahren

Über mehrere tausend Jahre hinweg züchteten indigene Völker in Mittelamerika aus dem unscheinbaren Süßgras Teosinte den Mais, wie er heute in Mexiko zu finden ist: Blau, hellgelb, weiß, dunkelrot oder buntgesprenkelt leuchten die Maiskolben. Rund 60 Sorten und 200 Herkünfte gibt es in der Region. Das Saatgut gewinnen die Bauern dabei traditionell aus der eigenen Ernte. Dem Erhalt dieser Vielfalt des Mais, der in Subsistenzwirtschaft angebaut wird, hat sich der indigene Dachverband UNOSJO mit Sitz in Guelatao, im Bundesstaat Oaxaca, verschrieben: Die Organisation arbeitet in der Sierra Juárez mit 18 Gemeinden des indigenen Volkes der Zapoteken zusammen und berät diese in ökologischem Kaffeeanbau, ökologischer Landwirtschaft, Frauenrechten und zu indigenen Rechten. „Wir werden gemeinsam mit anderen daran arbeiten, dass wir das Erbe unserer Vorfahren an unsere Kinder

und Enkel weitergeben können“, so Aldo Gonzales. Denn dieses Erbe sei bedroht: Hybrid- oder Genmais mache Saatgut zur Ware, unterbreche den Subsistenz-Zyklus und gefährde durch Kontaminierung der einheimischen Sorten die Vielfalt des Mais.

Dünger macht Pflanzen hungrig

Der Bauer auf dem Maisfeld in Santa Gertrudis hat auf organischen Anbau umgestellt. Er ist einer von vier Landwirten, die sich durch die UNOSJO dazu haben bewegen lassen, wie der Agraringenieur der Organisation, Baldemar Mendoza, berichtet. „Es sind kleine Schritte“, sagt er. „Aber wenn die Leute sehen, dass organischer Anbau gut funk-

und die Infrastruktur schlecht.

Nach ein paar Tagen in den Bergen sind die Hohenloher nachdenklich geworden: „Laut Weltagrarbericht sind solche kleinbäuerlichen Höfe die Zukunft der weltweiten Ernährungssicherung. Aber was sagt man den Menschen hier, die sich nicht mehr so abrackern und lieber konsumieren wollen?“, fragt sich Jochen Fritz, der Koordinator des Bündnisses, mit einem Blick auf die kleinen Felder an den steilen Bergen. Abwanderung in die Städte oder gleich in die USA sei ein Riesenproblem, erklärt Aldo González von der UNOSJO. Ein Dorf ohne Jugend und Rückkehrer mit viel Geld brächten Sozial- und Arbeitsstruktur komplett durcheinander.



Dolmetscher Gerold Schmidt (li.) und Christoph Zimmer laufen 1,5 Stunden lang mit 20 kg Mais auf dem Rücken auf Trampelpfaden durch die Berge
Foto: Zimmer

tioniert, werden es mehr werden.“ Der Bauer erzählt, dass die Chemie die Pflanzen hungrig gemacht habe. „Sie wollten immer mehr Herbizide, mehr Dünger. Und das tat uns Menschen auch nicht gut“, sagt er. Wenn er Geld brauche, verkaufe er Kaffee oder Mais, erzählt der Bauer dann. Doch aufgrund der Preisschwankungen sei dies gerade beim Kaffee ein riskantes Unterfangen. Die Lebensverhältnisse in den oft nur durch acht bis zehnstündige Autofahrten über Schlammrinnen erreichbaren Dörfern der Sierra sind ärmlich, die Bildungschancen

Abwanderung aus den Dörfern ist auch den Hohenlohern nicht unbekannt. Auf dem Forum „Globalisierung und die Lebewesen der Sierra Juárez“ in San Gertrudis, auf einer Pressekonferenz in Oaxaca-Stadt, im Radio oder bei einer Zusammenkunft mit VertreterInnen vom NGO-Bündnis „Kollektiv zur Verteidigung der Territorien“ von ihrem eigenen Widerstand gegen Gentechnik, von den Feldbesetzungen oder von Erfahrungen mit Gerichtsprozessen um Patentrechte oder Saatgut. Oder auch nur von den Schwierigkeiten, sich in

Deutschland als kleinbäuerlicher Betrieb zu behaupten. „Allein, dass Ihr hier seid, dass Ihr soweit gereist seid, um uns kennen zu lernen, ehrt uns und unsere Kultur“, sagen die Menschen in der Sierra Juárez immer wieder zu den Gästen.

Kontakte und gemeinsame Projekte

Ins Leben gerufen wurde die Partnerschaft von der Initiative „Entre Campos – Zwischen Land und Leuten“ mit dem Ziel, Aktivisten und Bauern beider Regionen direkt miteinander in Kontakt zu bringen, so Jochen Fritz: „Diese Reise soll auch zeigen, wie wir die Partnerschaft mit konkreten Inhalten füllen können.“ Anfangs klingt er noch etwas unsicher, ob sie sich denn finden werden, die Kontakte und die Anknüpfungspunkte. Doch sie tauchen auf. Ernst Rieger, der Saatgutexperte, hat auf dem Weg zum Feld in Santa Gertrudis einen Blick auf die Kaffeepflanzen des Bauern geworfen. „Nicht sehr gepflegt“, so sein klares Urteil – doch als später klar wird, warum dies so ist, wird die Idee für ein gemeinsames Kaffeeprojekt geboren. „Es wäre natürlich super, wenn wir mit diesem Projekt ein stabiles Einkommen schaffen könnten. Und wenn wir dadurch mit dazu beitragen könnten, die Bauern davon abzubringen, hier extensiv Rinder zu halten. Denn das lässt die Böden zu stark erodieren“, sagt Jochen Fritz.

Nach einem Gesprächstermin bei der Kommission für Biosicherheit und Gentechnik CIBIOGEM in Mexiko-Stadt, bei dem deutlich wird, dass die mexikanische Regierung auf die industrielle Landwirtschaft und auf die Gentechnik setzt (der experimentelle Anbau von 24 Genmaissorten ist bereits genehmigt), beschließen die Hohenloher ihre Kritik in Form eines offenen Briefes an die Kommission und den mexikanischen Präsidenten Calderón klar zu äußern.

„Der Wert des Regionalen muss gestärkt werden. Hier in Deutschland ist das nicht anders. Wissen ist oft vorhanden, aber das Bewusstsein bei den Leuten fehlt. Durch die Vernetzung wollen wir auch politisch mehr Druck ausüben“, erläutert Jochen Fritz. Bei seinem Besuch im Hohenlohischen Mitte März wird Aldo González über die Fortschritte des Kaffeeprojekts auf mexikanischer Seite berichten und auch das Projekt einer Ausstellung über die Regionen soll weiter vorangetrieben werden.

Bettina Hoyer
die Ethnologin und Journalistin begleitete
die Bauern aus Hohenlohe in Mexico

Eine Nachbauregelung aus Europa?

Die Diskussionen um eine Neuregelung der Nachbaugesetzgebung nehmen wieder zu – besonders in Brüssel

Auch dieses Jahr werden nicht mehr Bauern und Bäuerinnen zu zertifiziertem Saatgut greifen als in den Vorjahren, sondern eher noch weniger. Die Getreidepreise sind einfach zu schlecht, Nachbau mindestens vermeintlich die günstige Alternative. Dementsprechend frustriert blickt die Branche aus Züchtern, VO-Firmen und Vermehrern von Saatgut auf die Situation. Laut Henning Ehlers vom deutschen Raiffeisenverband kommt für die VO-Firmen noch die Unzufriedenheit hinzu, in eine „Denunziantenrolle gezwungen“ zu sein, wenn es darum geht, Informationen über das Nachbaverhalten von Bauern und Bäuerinnen an die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) weiterzugeben. „Das stört das Verhältnis zu den Kunden“, so Ehlers. Gleichzeitig betont er, wie wichtig eine gute Pflanzenzüchtung ist, um wettbewerbsfähig nicht nur in Deutschland sondern in Europa zu bleiben. Gerade für kleinere Züchterhäuser sei die Situation sehr unbefriedigend, da sie zunehmend Marktanteile an die großen Konzerne verlören. Umso wichtiger ist es aus Ehlers Sicht, eine europäische Lösung in der Nachbauauseinandersetzung zu finden, die alle Seiten mittragen können. Allein schon weil es immer mehr EU-zugelassene Sorten auf dem Markt Europa gebe, richte sich tatsächlich das Hauptaugenmerk nun nach Brüssel. Dort beschäftigt sich die Kommission gerade mit einer Überarbeitung der Saatgut-

gesetzgebung, in dessen Zuge auch die Nachbauregelung Thema ist. Ob es einen Königsweg gibt, den alle mitgehen können, ist allerdings nach wie vor fraglich. Ehlers berichtete vom Beispiel Finnland, in dem die Nachbauregelung über eine Flächenlizenz für die Getreidefläche umgesetzt wird. Das Geld geht in einen Fonds, aus dem es dann an die Züchter verteilt wird. Das klingt fast nach dem Modell, das die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze immer mal wieder in die Diskussion eingebracht hat, das bislang aber niemand wollte. Vielleicht ist jetzt die Zeit reif dafür. Zumindest gibt es eine Bereitschaft, darüber nachzudenken, das ist mehr als die meisten Bauern und Bäuerinnen bisher erwarten konnten. *cs*

Saatgutaufbereiter wollen nicht in die Denunziantenrolle
Foto: Agravis



Patentschutz wie weit?

Monsanto meldet Ansprüche auf ein Genkonstrukt im Sojamehl an – EuGH muss entscheiden

Vor dem Europäischen Gerichtshof wird derzeit ein interessanter Fall zum Patentrecht verhandelt. Nach Stellungnahmen aus den Mitgliedsländern der EU sowie dem Kläger, dem Saatgutkonzern Monsanto, und einer mündlichen Verhandlung hat nun der Generalanwalt seinen Schlussantrag vorgelegt. Dies Papier gibt – ähnlich wie in den Nachbauverfahren vor dem EuGH – dem Gericht eine klare Empfehlung wie die Vorlagefragen des nationalen Gerichts – in diesem Fall aus den Niederlanden – zu beantworten sind. Der Sachverhalt ist schnell geschildert: Es geht um gentechnisch mit einer Herbizidresistenz gegen Roundup ausgestattetes Soja für das Monsanto in fast allen Anbauländern ein Patent hält. In Argentinien allerdings konnte Monsanto sich seine Roundup-

Ready Sojabohnen nicht patentrechtlich schützen lassen. Nun wurde 2005 und 2006 Sojamehl aus Argentinien über die Niederlande in die Europäische Union eingeführt, um daraus Tierfutter herzustellen. Monsanto hat in dem Mehl DNA-Spuren „seiner“ RR-Sojabohnen nachgewiesen und will nun patentrechtliche Ansprüche im Rahmen des EU-Patentrechts geltend machen. Monsanto geht es nicht um das Mehl als solches, sondern um das nachgewiesene Genkonstrukt darin. Der EuGH-Generalanwalt empfiehlt, Monsanto keine Patentansprüche zu gewähren, da das Genkonstrukt im Mehl lediglich wie ein Rückstand zu betrachten sei, der keinerlei Funktion erfülle. Nur in einer Situation, in der das eingebaute Genkonstrukt seine originäre Funktion erfüllen könne – also in diesem Fall die

Pflanze resistent gegen Roundup machen – könne der Patentinhaber Ansprüche stellen. Er begründet seine Haltung damit, dass ein funktionsloses Detail weniger wie eine Erfindung als denn wie eine Entdeckung zu beurteilen sei. Auch im normalen Patentrecht werde zwischen der nichtpatentierbaren Entdeckung und der patentierbaren Erfindung unterschieden. Dies sollte nach Meinung des Generalanwaltes auch so auf Biopatente angewendet werden. Hält sich das Gericht an diese Empfehlungen, so würde das einen herben Dämpfer nicht nur für Monsanto sondern für die gesamte Gentechnikindustrie bedeuten. Schließlich hieße das eine Beschränkung der Patentansprüche ausschließlich auf das Originalprodukt. Man darf auf das Urteil gespannt sein. *cs*



Geförderte Leguminosen

Der Anbau von Futter- und Körner-Leguminosen (auf mindestens 10 % der Ackerfläche) kann künftig mit 75 Euro/ha oder mehr als Agrarumweltmaßnahme gefördert werden, wenn die Bundesländer diesen Vorschlag des Bundes in ihre eigenen Länderprogramme übernehmen und kofinanzieren. Diese Förderung der eiweißhaltigen Stickstoffsammler ist umso wichtiger, als nach 2011 die Eiweißpflanzen-Beihilfe von 55 Euro/ha wegfällt. In Frankreich wird der Anbau von Körnerleguminosen direkt gefördert. *en*

USA will Monsanto's Macht beschneiden

Das US-amerikanische Justiz- wie auch das Agrarministerium wollen sich mit der Macht großer Agrarkonzerne in Workshops auseinandersetzen und planen auch konkrete Maßnahmen, um hier eine größere Machtbalance herzustellen. Besonders im Focus der Regierung ist Monsanto, da 90% der in den USA angebaute Sojabohnen und 80 % des Maises mindestens ein patentiertes Genkonstrukt des Saatgutmultis enthalten. Nicht nur Farmer sondern auch der Konkurrent DuPont beklagen die Abhängigkeit von Monsanto und das Wettbewerb verhin- dernde Geschäftsgebahren des Konzerns. *cs*

Netzwerk verhindert Agrarfabriken

Am 13. März trafen sich in Hannover die Vertreter von 70 Bürgerinitiativen und Verbänden wie BUND, PROIEH, AbL und Deutscher Tierschutzbund zum zweiten Treffen des bundesweiten „Netzwerks Bauernhöfe statt Agrarfabriken“. Das vor einem halben Jahr gegründete Bündnis wird die aktuell auf europäischer Ebene diskutierten Verbesserungen im Tierschutz- und Immissionsschutzrecht unterstützen. Dazu will das Netzwerk verstärkt Einfluss nehmen auf deutsche Richtlinien und so bessere Vorschriften für eine artgerechte Tierhaltung und für einen verbesserten Schutz von Umwelt und Anwohnern vor Geruchs-, Keim- und Stickstoffbelastungen durchsetzen. Aktionen bei den Agrarminister-Konferenzen, der Agrarindustrie-Messe „EuroTier“ und vor Massentierhaltungs-Anlagen sollen diesem Anliegen auch weiterhin den nötigen Nachdruck verleihen. Die Bürgerinitiativen gegen Agrarfabriken seien mittlerweile zu einer gesellschaftlichen Bewegung geworden, an der die Politik nicht mehr vorbei könne. Die Delegierten des Netzwerks stellten mit Befriedigung fest, dass durch das gemeinsame Vorgehen der Bürgerinitiativen bereits etliche geplante Schweine- und Geflügel-Großanlagen verhindert werden konnten. Unerlässlich, so Netzwerk-Sprecher Eckehard Niemann, blieben aber gesetzliche Verbesserungen hinsichtlich der Rechte der betroffenen Bürger und Gemeinden sowie ein Bauverbot für agrarindustriellen Anlagen. Das Privileg von Stallbauten im Außenbereich müsse allein den bäuerlichen Betrieben vorbehalten bleiben. Durch das Verbot von Agrarfabriken und eine heimische Eiweißpflanzen-Produktion könnten auch die erzeugerpreis-drückenden Überschüsse abgebaut werden. pm

Kurzes am Rande

Bioenergie in bäuerlicher Hand?

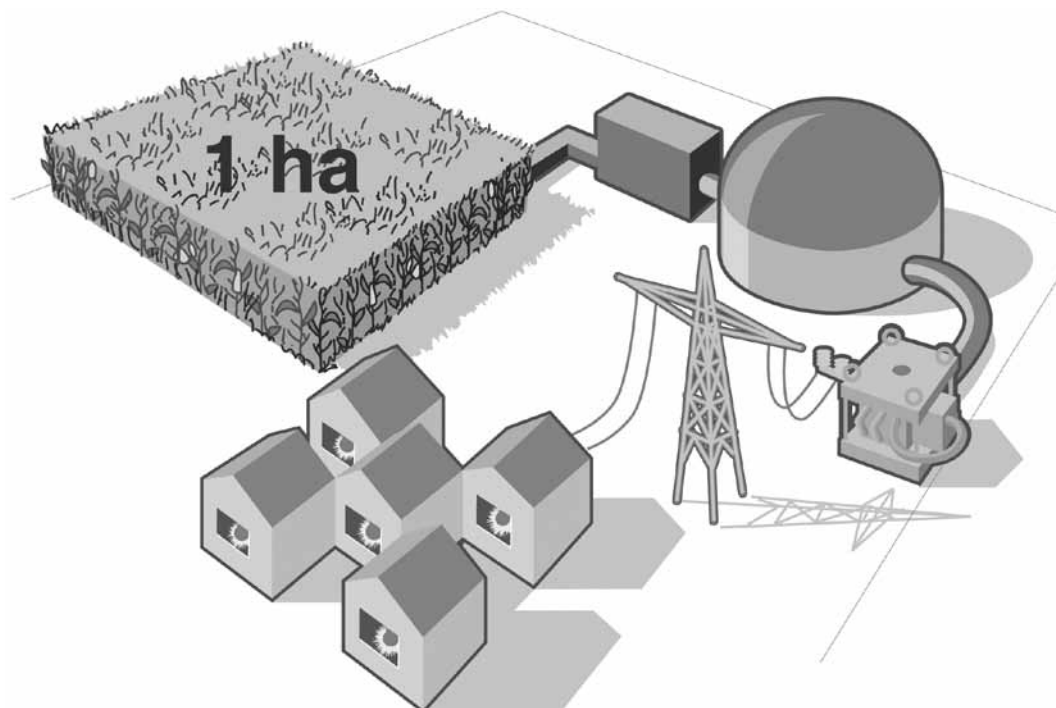
Auch zukünftig sollten die Bauern an erneuerbaren Energien verdienen

Für eine Vielzahl von Bauern und Bäuerinnen ist der Einstieg in das Biogasgeschäft in den vergangenen Jahren zu einer echten Einkommensalternative geworden. Längst haben sich zu den Einzelanlagen auf viehhaltenden Betrieben zur Güllevergärung größere Projekte mit mehreren Betreibern und einer Betonung der Pflanzenfütterung gesellt. Damit geht auch eine Veränderung der Landschaft einher, die nicht nur von Naturschützern kritisch beäugt wird. Das Schlagwort der „Vermaisung“ steht für eine Zunahme des Maisanbaus zur Biogaserzeugung, die in manchen Regionen durchaus problematische Formen annimmt. Nun hat der Naturschutzbund Deutschland (NABU) in einem Positionspapier Stellung bezogen und fordert den sofortigen Stopp aller Neubaupro-

geraten die Pachtpreise unter Druck. Oft ist es dann dem Biogasbauern aufgrund seiner wirtschaftlich besseren Lage eher möglich, einen höheren Preis zu zahlen als die übrigen Bauern. Das sorgt nicht gerade für gute Stimmung auf den Dörfern, vor allem vermisst Martin Schulz die konstruktive Debatte darüber.

Investoren von außen

Durch die finanziell angespannte Situation auf vielen landwirtschaftlichen Betrieben lassen sich Bauern und Bäuerinnen zunehmend auf Kooperationen mit außerlandwirtschaftlichen Investoren ein, und werden damit zu reinen Technikern und Rohstofflieferanten. Das ist ebenfalls eine Entwicklung der jüngsten Zeit, die nicht ohne Zündstoff ist. Auch für Horst Seide, AbL-Bauer, Biogasanlagenbetreiber und Präsidiumsmitglied im Fachverband Biogas, ist eine der entscheidenden Fragen der Zukunft die, ob es gelingt, den erneuerbaren Energiebereich in bäuerlicher Hand zu halten. Die großen Energieversorger und andere Player außerhalb der Landwirtschaft wollen Bauern und Bäuerinnen zu Zulieferern degradieren. Seide hat gerade zumindest einen Teilerfolg in der Frage errungen, zu wessen Vorteil die Biogaseinspeisung in das Gasnetz organisiert wird. Er hatte bei der Bundesnetzagentur einen Missbrauchsantrag gegen E.on als Gasnetzbetreiber gestellt. Der Energiekonzern hatte Seides Ansinnen blockiert, selbstaufbereitetes Biogas in das örtliche Gasnetz einzuspeisen. In wichtigen Details hat Seide nun durchgesetzt, dass die Bedingungen für dezentrale Einspeiser wie ihn positiver gestaltet werden müssen, als das, was E.on ihm angeboten hatte. Nichtsdestotrotz fordert Seide viel verbindlichere positive Änderungen von der Politik. „Wir vom Fachverband fordern ein Gaseinspeisegesetz, analog dem EEG“, sagt Seide und fügt aus bäuerlicher Sicht noch an, dass es darin ebenso wie im EEG eine gestaffelte Vergütung geben muss, die kleinere bäuerliche Anlagen bevorzugt. Ansonsten will er eindeutige politische Rahmenbedingungen, die die Blockadehaltung der großen Energieversorger brechen. Bislang ist die Politik sehr verhalten, auch weil sie gerade genug Schwierigkeiten dabei hat, die Förderung der Photovoltaik neu zu regeln. Nachdem die Regierungspartner bereits einen Kompromiss ausgehandelt hatten, der eine grundsätzlich Rückführung der Förderung vorsieht und diese für Freiflächenanlagen ganz zusammenstreicht, will Bayern das Ganze nun wieder aufknüpfen. In der Frage Förderung von Photovoltaik auf Ackerflächen sind CSU und Bauernverband mal dafür, mal dagegen, noch ist offen, wie das Ganze ausgeht. cs



Ein Hektar Mais deckt den Bedarf von fünf Haushalten

Foto: FNR 2007

Nazi-Geld für Anti-Nazi-Demonstrationen

Die evangelische Kirchengemeinde Eschede (bei Celle) will Pacht-Zahlungen von Rechtsextremen nutzen, um Anti-Nazi-Demonstrationen mitzufinanzieren. Die Kirchengemeinde Eschede im Kreis Celle kassiert jährlich knapp 1.500 Euro, weil sie Land an einen Neonazi verpachtet hat. Das Geld soll nun in einen Fonds gegen Rassismus und rechtsradikale Gewalt fließen. Rechtsextremisten nutzen den Bauernhof seit Jahren für Treffen – dagegen gab es in Eschede kürzlich eine Demonstration von Antifaschisten. Den 2014 auslaufenden Pachtvertrag will die Kirchengemeinde nicht verlängern. pm

Agrar-Spekulationsblase

Angesichts der Finanzkrise setzen derzeit viele Spekulanten auf steigende Agrarrohstoffpreise infolge steigender Nachfrage aus den Schwellenländern bei gleichzeitig sinkenden Anbauflächen. Die Finanzzeitung „Cash“ nennt hier u.a. den Hedgefonds Quantum (Gründer: Jim Rogers und George Soros), Robeco, Pioneer Funds, DWS oder RCM/Allianz Global Investors. Die Preise an den Warenterminbörsen seien längst spekulativ überhöht, ein Großteil der Umsätze an den Terminmärkten entfalle auf Finanzinvestoren und übersteige die kommerzielle Nachfrage nach Nahrungsmitteln oftmals um ein Vielfaches. Cash warnt deshalb vor einem Platzen der Spekulationsblase. pm

jekte. Martin Schulz, selbst Biogasanlagenbetreiber und AbL-Landesvorsitzender in Niedersachsen, sieht die Eskalation dieser Problematik als Versäumnis der verantwortlichen Politiker, in der Novelle des Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) die Ausschüttung des sogenannten Nawarobonus an die Einhaltung einer weiteren Fruchtfolge zu knüpfen. „Aus Mais kommt nun mal die meiste Energie“, so Schulz, „und besonders problematisch wird das Ganze in Regionen wie Vechta-Cloppenburg, wo neben dem Mais für die Biogasanlagen auch noch der Mais für die Futtertröge der Intensivtierhaltung wächst.“ Und hinzu kommen weitere Schwierigkeiten. Durch eine zunehmende Konkurrenz um Flächen, auf denen neben Speise- und Futterpflanzen eben auch Futter für die Biogasanlagen wachsen kann,

„Ich bin grundsätzlich gegen so große Ställe“

„Aufruhr in den Dörfern“ im Emsland und ganz Niedersachsen

Da war auch Professor Isermeyer ratlos – beim „Emsland-Forum“ in Meppen wusste er „keinen richtigen Ausweg aus dem Dilemma“ zwischen der laufenden Agrarindustrialisierung und der Kritik der Verbraucher am Vordringen der Agrarfabriken. Ein Vertreter des Landkreises nannte konkrete Zahlen: Von rund 10 Millionen Geflügelmastplätzen vor etwa 10 Jahren sei die Zahl auf heute 29 Millionen Mastplätze im Kreis Emsland gewachsen – Anträge auf weitere 10 Millionen lägen bereits vor. In der Schweinemast erhöhte sich die Zahl auf 835.100 Tiere und in der Rindermast auf 201.700 Tiere. Zudem würden die Anlagen immer größer: „Anlagen mit 300.000 Masthähnchen sind keine Ausnahme mehr.“ 25 Kommunen im Landkreis versuchen inzwischen mit restriktiven Bebauungsplänen, der Massentierhaltung Herr zu werden.

An Bürgerinitiativen, Klagen und Protestaktionen beteiligen sich auch CDU- und FDP-Politiker und fordern Höchstgrenzen für Ställe. Landkreis und Kommunen drängen die Landesregierung, ihnen endlich bessere rechtliche Möglichkeiten zur Regulierung dieser Bauflut zu verschaffen. CDU-Politiker warnen vor dem „Aufruhr in den Dörfern“ wegen der Beeinträchtigung von Lebensqualität und Gesundheit der Bevölkerung.

100 Trecker gegen Mastanlage

Auch Investoren aus den Niederlanden drängen ins Emsland. Im Ort Lähden haben sich Landwirte seit 2007 gemeinsam mit den Bürgern des Ortes erfolgreich gegen einen geplanten Schweinemaststall mit 7.500 Plätzen gewehrt. Den hatte ein ortsansässiger Landwirt als Strohhalm für einen holländischen Großmäster beantragt – bezeichnenderweise 2 km von seinem eigenen Hof entfernt, direkt neben dem Milchviehbetrieb seines Nachbarn Reinhold Buschen. Der sah nicht nur die Lebensqualität seiner Familie, sondern auch die Existenz seines Milchviehbetriebs mit 75 Kühen bedroht: Da die Schweineanlage die Grenzen der zumutbaren Staub- und Geruchsbelastung ausgeschöpft hätte, könnte kein Bauer jemals mehr einen Stall bauen. Auch die Tatsache, dass „durch solche Großmastanlagen die Erzeugerpreise vieler kleinerer Landwirte verfallen“, führte zur Ablehnung der Anlage durch viele Landwirte. Der antragstellende Landwirt wurde sogar aus der CDU-Fraktion ausgeschlossen. Reinhold Buschen wurde Sprecher einer Bürgerinitiative. Der Landkreis gab der Gemeinde Rückendeckung für die Regulierung der Baumaßnahmen im Außenbereich über einen Flächennutzungsplan. Dies bedeutete für den

Investor erst einmal zwei bis drei Jahre Änderungssperre mit Planungs- und Baustopp. „Normalerweise hat man in einem solchen Fall den Investor weg vom Hals“, so Reinhold Buschen. Der 34-jährige ließ sich auch nicht von Beleidigungsklagen seines Nachbarn und auch nicht von einer FDP-Delegation unter Leitung des Abgeordneten Goldmann entmutigen, die das Vorhaben der Gemeinde als aussichtslos bezeichnete. Die Gemeinde hatte für jeden ortsansässigen Landwirt Stallbauflächen in Form von „Baufenstern“ reserviert und ausgewiesen. Mit einer 100-Trecker-Demonstration und vielen anderen Aktionen zeigten Bauern und Bürger deutlich Flagge. „Das fiel uns natürlich leichter bei einem auswärtigen Investor“, so Landwirt Buschen, „schwieriger wäre ein so geschlossener Widerstand beim Bau einer Großanlage durch einen Einheimischen gewesen...“

„Ausweichregion“ wehrt sich

Vor einigen Wochen gab der niederländische Agrarindustrielle seine Pläne in Lähden auf. Allerdings hat er sich nun bei Papenburg einen Resthof gekauft und will dort nun einen Stall für 8.500 Mastschweine bauen. „Wir haben Erfolg gehabt“, so Buschen, „aber das

Agrarminister Ehlen will im Schulterabschluss mit dem Bauernverband die noch relativ agrarfabrik- und keimfreien Landkreise entlang der A 7 als „Ausweichregion“ und „Gesundlage“ für die Geflügelkonzerne durchsetzen. Vorreiter soll der Rothkötter-Konzern sein, der in Wietze bei Celle seine zweite riesige Hähnchenschlachtereie plant und dafür bis zu 420 Vertragsmäster im Umkreis von 100 km anwerben will. Da sich die Rothkötter-Konkurrenten Wesjohann-„Wiesenhof“ und Stolle ihre Marktanteile nicht abnehmen lassen wollen, kam und kommt es zu mehreren Anwerbe-Veranstaltungen in immer mehr Landkreisen, zumeist organisiert vom Bauernverband.

Ein wirkliches Interesse am kapitalintensiven Stallbau mit seinen geringen Erlösen und dem riskanten und abhängigen Vertragsmästertum zeigen nur wenige Landwirte. Und die stoßen meist auf massive Proteste energischer Bürgerinitiativen, so dass etliche Interessenten schon vor oder während der Planung von ihrem Vorhaben Abstand nehmen. Mittlerweile äußern sich Städte wie Dannenberg, Salzgitter und Celle und die Region Hannover besorgt über die



Ob Huhn oder Schwein: Viele Tiere auf wenig Platz stoßen auf Ablehnung. Foto: Lubaczowski/pixelio

ist eigentlich keine richtige Lösung, weil das Problem nur verschoben wurde.“ „Ich bin grundsätzlich für das Landwirtschaftliche und gegen so große Ställe!“ Er kann auch diejenigen Landwirte nicht verstehen, die schon den zweiten oder dritten Stall für 300.000 Masthühner planen und dem fragwürdigen Motto hinterherlaufen: „Wer nicht in zwei Jahren zweimal gebaut hat, ist nicht zukunftsfähig.“ Auch Reinhold Buschen plädiert für grundlegende Regelungen gegen den Bau von Agrarfabriken. Insofern ist er solidarisch mit den 20 Bürgerinitiativen in Ost- und Süd-Niedersachsen, die sich gegen die „Emslandisierung“ ihrer Heimat wehren. Niedersachsens

drohenden Agrarfabriken. Deshalb scheint es derzeit so, dass Rothkötter nicht einmal die für die erste Ausbaustufe notwendigen 120 Vertragsmäster anwerben kann. Die Landesregierung will die Agrarfabriken dennoch weiter durchsetzen. Ein Erlass erklärt Wald in der Nähe der geplanten Ställe zum „fiktiven Wald“, um ihn als potentielles Bauhemmnis auszuschalten. Auf deutsch: Da man ja evtl. berechtigt sein könnte, den Wald zu roden, müsse man ihn bei der Genehmigung auch gar nicht berücksichtigen. Die Grünen im Landtag wollen diesen Erlass nun juristisch zu Fall bringen.

Eckehard Niemann

Gülleflut als Menetekel

Vom Gelände der Sauenzuchtanlage Saza AG in Großkayna (Sachsen-Anhalt) ergossen sich kürzlich rund 14 Millionen Liter Schweinegülle aus zwei defekten Biogas-Tanks über drei Quadratkilometer. Der Agrarkonzern SAZA AG ist mit 6.500 Sauen und 43.000 Mastplätzen einer der größten Massentierhalter in Deutschland und Europa. Der westdeutsche Agrarindustrielle Sönke Schmidt nutzte nach der deutschen Einheit gezielt die Rahmenbedingungen, die die ehemaligen DDR-Strukturen und die agrarindustrie-orientierte Agrarpolitik auf Bundes- und Länderebene den Großinvestoren bot. Die AbL kennzeichnete die Havarie als „Menetekel“ für die Folgen der Massentierhaltung. Dass in Großkayna sogar ein benachbarter Bauernhof mit Sandsäcken vor der Gülleflut des Agrarkonzerns geschützt werden musste, sei ein „makabres Symbol für die Bedrohung der bäuerlichen und mittelständischen Betriebe, der Umwelt und des Klimas durch die Agrarfabriken“. en

Schock-Bilder aus Kuh-Konzern

Schockierende Fernsehbilder der US-Sender CNN und ABS aus New Yorks größtem US-Milchviehkonzern (5.000 Kühe) sorgen in den USA für heftige Diskussionen. Gezeigt wurden Bilder von tierquälerischen Enthornungs-Methoden, vom Kupieren der Schwänze und von kranken, getretenen und geschlagenen Kühen. Ein Käseverarbeiter hat bereits die Lieferbeziehung gekündigt. en

Gewebeprobe für Seuchenfreiheit

Ein Stück Ohr und was man damit machen kann

Die Frau vom hessischen Verband für Qualitäts- und Leistungsprüfung kam einfach so mal vorbei. Ganz außerhalb der üblichen Milchkontrolle, nachmittags. Es ging auch gar nicht um Milch, sondern um neue Ohrmarken. Gelb wie bisher mit Nummer und Barcode. Das Neue: Mit dem Setzen der Marke wird dem Rind eine Gewebeprobe aus dem Ohr gestanz. Wer jetzt mitmacht, bekommt Ohrmarken, Zange und Untersuchung umsonst, so die nette Frau. Ab kommendem Jahr sei sie dann sowieso verpflichtend, die neue Ohrmarke mit Gewebeprobeentnahme.

Neue Verordnung

Am 01.01.2011 tritt die Verordnung in Kraft und schreibt unter anderem die Untersuchung von Kälbern vor. Ziel ist es, nach Möglichkeit alle mit BVD (Bovine-Virus-Diarrhoe = Rinder-Virus-Durchfall) oder auch Mucosal-Disease (MD) genannte Krankheit infizierten Rinder zu erkennen, zu eliminieren und damit die Krankheit deutlich zurückzudrängen. Nach Erkenntnissen des Tiergesundheitsdienstes (TGD) ist BVD die wirtschaftlich bedeutendste Infektionskrankheit des Rindes. Im Falle einer Infektion belaufen sich die Kosten in einem 50 Kuhbestand auf ca. 15.000 Euro. Im Schnitt, so der TGD, müssen die Betriebe alle 10 bis 15 Jahre mit einer solchen Infektionswelle rechnen.

Das Krankheitsbild

Die Mucosal Disease ist eine Krankheit meist junger Rinder zwischen drei und 24 Monaten, die immer tödlich endet. Gekennzeichnet ist sie durch Veränderungen (Erosionen) der Schleimhäute. Das Besondere ist, dass eine eigene Immunreaktion des Tieres ausbleibt, der Körper also das Virus nicht als gefährlich erkennt. Weitere Auswirkungen betreffen die Trächtigkeit: Bei einer Infektion im ersten oder letzten Drittel der Trächtigkeit kann es zu schweren Fehlbildungen bzw. zum Abstoßen der Frucht kommen. Übertragen wird die Krankheit während der Trächtigkeit vom Muttertier auf den Fötus. Während Tiere, die als Erwachsene infiziert werden oft nur geringe bis keine Symptome zeigen, sterben die als Föten infizierten Tiere in aller Regel in den ersten Lebensjahren. Während ihrer gesamten Lebenszeit stoßen diese PI- (persistent infizierten) Tiere Krankheitsreger aus. Das Muttertier kann ebenfalls ein PI-Tier sein, muss aber nicht.

Um die weitere Durchseuchung eines Bestands zu vermeiden, ist es aus medizinischer Sicht daher sinnvoll, die neu-

geborenen Kälber direkt nach ihrer Geburt auf BVD zu untersuchen und im Fall einer nachgewiesenen Infektion aus dem Bestand zu eliminieren. Nur im Fall einer nachgewiesenen Infektion muss auch das Muttertier untersucht werden.

Verschiedene Wege

Eine Untersuchung der Tiere auf BVD kann auf unterschiedlichen Wegen erfolgen. Das Paul-Ehrlich-Institut beschreibt insgesamt fünf verschiedene

Blutentnahme liegen auf der Hand. Der Tierhalter kann die Probe selbst, ohne zusätzliche Tierarztkosten entnehmen und zur Untersuchungsbehörde schicken. Die Probe ist dem Tier eindeutig zugeordnet und über eine lange Zeit haltbar. Soweit eine gute Idee, die hilft, die Tierbestände zu sanieren. Doch was, so fragen sich viele Bäuerinnen und Bauern, passiert noch alles mit der Gewebeprobe. Genetische Tests und Patentierung sind Schlagwörter, die oft in diesem Zusammenhang fallen.

abgefragt werden. Auch verschiedene Zuchtverbände in Deutschland sind schon an den Daten interessiert. Der Schritt hin zum kommerziellen Nutzen und letztendlich zu einer Patentierung ist wohl nicht weit.

Wessen Eigentum?

Bedrohlich ist für viele Bäuerinnen und Bauern diese zwangsweise Datensammlung unter dem Vorwand einer Krankheitsbekämpfung. Edith Liersch, ABL-Landesvorsitzende in Bayern, berichtet



Noch die alten Ohrmarken. Ganz ohne Gewebeentnahme, denn die Kuh gehört dem Bauern.

Foto: Herzog

Möglichkeiten. In der Praxis dürften aber vor allem die Blutuntersuchung und die Gewebeuntersuchung Relevanz haben. Prinzipiell ist das Virus in einer Blutprobe des Neugeborenen zu identifizieren. Wichtig ist, dass die Probenentnahme in den ersten 6 Tagen nach der Geburt erfolgt, da das Virus ansonsten von über das Kolostrum aufgenommenen Antikörpern aus der Muttermilch maskiert wird und nicht mehr nachweisbar ist.

Großes Interesse

Die zweite – derzeit von vielen Tiergesundheitsdiensten, Veterinärämtern und Zuchtverbänden als einzig mögliche Untersuchung beworbene – Untersuchung ist die anhand einer Gewebeprobe. Gleichzeitig mit dem Einziehen der Ohrmarke wird dem Tier ein Stück Haut aus dem Ohr gestanz. Die Probe wird über Feuchtigkeit entziehende Stoffe im Probengefäß mumifiziert und haltbar gemacht. Die Vorteile gegenüber der

Dr. med. vet. Schirrmeier vom Friedrich-Löffler-Institut räumt zwar ein, dass diese Möglichkeit prinzipiell bestehe, geht aber nicht von einem derartigen Szenario aus. Die Untersuchungen würden in aller Regel in den landeseigenen Untersuchungslaboren vorgenommen.

Dass es zumindest ein großes Interesse an einer möglichst kompletten Erfassung der Rinderbestände – auch ihrer genetischen Struktur nach – gibt, das äußern einzelne Zuchtverbände und Wissenschaftler. So schreibt Gottfried Brem von der veterinärmedizinischen Universität Wien, die Einsatzmöglichkeiten einer derartigen Gewebe-DNS-Probe seien: Analyse der Abstammung, von züchterisch wichtigen Genen, von Erbfehlern, der genetischen Variabilität, der Identität, der BSE-Anfälligkeit, der Krankheitsanfälligkeit und einer möglichen Viruserkrankung. Ein ganzes Potpourri von Informationen kann

von Vielen, die „voller Protest gegen die Ohrstanzerei“ sind. So kurz nach den Entmündigungen durch die Zwangsimpfung zur Blauzungkrankheit gleich den nächsten Eingriff in die Selbstbestimmungsrechte der Bauern. Der Verbleib möglicher genetischer Analysen und deren Eigentum ist völlig unklar. Wenn Unternehmen an dieser Stelle nicht versuchen würden, Zugang zu diesem sagenhaften Datenpool zu bekommen, müsste man ihnen wohl Fahrlässigkeit vorwerfen. Den Tierhaltern aber auch, wenn diese die Informationen einfach herausgeben. Im Auftrag der Interessengemeinschaft für gesunde Tiere (IGGT) haben die Rechtsanwälte Schneider und Kollegen die rechtliche Situation aufgrund der aktuellen Gesetzeslage geprüft und kommen zu dem Schluss, dass es keine Verpflichtung gibt, die Gewebeproben zu verschicken, wenn man die Untersuchung auf BVD auf andere Weise z.B. Blutuntersuchung vornimmt. *mn*

Aus der Redaktion ...

Unverständnis, Unsicherheit und auch Zorn hat bei vielen Lesern und Leserinnen der *Unabhängigen Bauernstimme* das in der letzten Ausgabe veröffentlichte Streitgespräch „Förderung nutzen, um Rendite zu maximieren“ ausgelöst. Ein Teil der Reaktionen bildet sich in den hier abgedruckten Leserbriefen ab, sie stehen auch exemplarisch für weitere Stimmen am Telefon.

In allen Reaktionen wird deutlich, dass neben der Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Sachverhalt – dem Bauvorhaben eines agrarindustriellen Schweinestalls – weitere Aspekte eine Rolle spielen. Da ist es unter Umständen ein Mangel von Seiten der Redaktion gewesen, diese im Zusammenhang mit dem Streitgespräch nicht zu erwähnen. Wir wollen an

dieser Stelle die uns vorliegenden Informationen nachliefern.

Es geht in dem besagten Projekt um die Familie Kattenstroth, die – zumindest die Eltern Gerhard und Erika – langjährige aktive AbLer sind. Sohn Malte, maßgeblicher Initiator des Projekts, ist es nicht. Nach Bekanntwerden der Bauvoranfrage im vergangenen Jahr gründete sich vor Ort eine Bürgerinitiative gegen das Projekt, die über das Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ auch von der AbL unterstützt wird. Im Februar diesen Jahres ist die Bauvoranfrage von der zuständigen örtlichen Behörde aufgrund fehlender adäquater Zuwegung abschlägig beschieden worden. Damit ist das Projekt in der bisher geplanten Form nicht mehr durchführbar.

Das Redaktionsteam



Ökologische Schweinehaltung im Stroh

Foto: ©BLE/Stephan

Leserbriefe

„Unerklärlich!“

Es ist unerklärlich, warum in der *Bauernstimme* auf einmal alte, wertvolle Grundsätze wie artgerechte Tierhaltung, Regionalität, naturnahes Wirtschaften etc. über Bord geworfen werden! Massentierhaltung ist immer noch Massentierhaltung, auch wenn sie von Abl-ern und deren Söhnen betrieben wird. Dem Letzteren täte die Teilnahme an einem Seminar der jungen AbL sicherlich sehr gut, um die konventionell industriell „eingeschulten“ Glaubenssätze einmal kritisch zu hinterfragen und Alternativen zu finden. Unserem Betrieb ist z. B. schon das dritte Mal Pachtland angeboten worden, gerade weil wir ökologisch wirtschaften! Wie unglaublich macht sich der Vorsitzende der Abl, wenn Gülleentsorgung auf Großbetrieben plötzlich

als bäuerliche Kreislaufwirtschaft schöneredet wird?

Soja aus Übersee gehört wohl auch dazu?! Sonnleitner lässt herzlich grüßen. Ist der Erwerb von Hunderten Hektar Ackerland auf einmal eine bäuerliche Tugend, nur weil der Käufer Bauland in der Fruchtfolge hatte? Diejenigen, die die Abl ohnehin als Sammelbecken gescheiterter Wachstumsbauern sehen wollten, reiben sich nun hämisch die Hände. Das Schlimme ist: Sie haben nicht unrecht! Wie unglaublich wollen wir uns mit einer solchen Berichterstattung vor unseren Bündnispartnern machen? Hat man von Seiten von *top agrar* usw. nicht genau auf so etwas gewartet? Jetzt hat man es gefunden.

Arnd Berner

37547 Opperhausen-Kreiensen

„WIE BITTE?“

Ich lese die *Bauernstimme* und wähne mich schon bei der Überschrift in der *Land & Forst*: Der eine langjährige AbLer propagiert „Wachsen oder Weichen“, das Abschöpfen von Fördergeldern durch den Bau eines 6.000er-Maststalles in Ostdeutschland, und dann erklärt er auch noch, NEULAND käme wegen der Bestandsobergrenzen für ihn nicht in Frage. WIE BITTE?? Der andere langjährige AbLer – Bundesvorsitzender und Öko-Landwirt – diskutiert im Schonwaschgang wie ein Betriebsberater der LWK. Der Interviewer spricht von der Gülle als „Entsor-

gungsprodukt“ bzw. als Dünger mit einer „untergeordneten Rolle“. Dass Gülle heutzutage wie bares Geld und fester Bestandteil des betriebswirtschaftlichen Konzeptes ist, wissen sogar Nicht-Landwirte, es wird ja von den Planern zur Genüge betont!

Was also soll dieser Artikel in der *Bauernstimme*? Hat die Abl vergessen, wofür sie steht? Auch zwischen Ablern muss deutliche Kritik möglich sein und hart am Thema diskutiert werden!

Maren Ramm,
29451 Dannenberg

„Wahnsinnswohlstandslandwirtschaft“

Obwohl F.W. Graefe zu Baringdorf wie auch G. Kattenstroth von mir als Persönlichkeiten hoch geschätzt werden, kann ich nicht umhin, Kritik an beiden bezüglich des oben erwähnten Artikels auszusprechen! Selbst auch unter den gegebenen landwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einige Zeit einen größeren Betrieb in Ostdeutschland mit bewirtschaftend, ist mir jedoch jederzeit bewusst gewesen, dass diese Art von Landwirtschaft mit einer von uns in der Abl vertretenen, bäuerlich geprägten Landwirtschaft nichts gemein hat bzw. eine völlig andere Ausrichtung ist. Aus G. Kattenstroths Sicht ist es allerdings nachvollziehbar, aus ökonomischen Gründen wegen Gewinnmaximierung die seit 1992 himmelschreiend ungerecht verteilte, wahnwitzige Förderung mitzunehmen. Hierbei darf man nicht verleugnen, dass diese Wachstumschritte basieren auf einer zutiefst fehlenden, Arbeitsplatz wegrationalisierenden Agrarpolitik, mit der nicht nachhaltig wirtschaftenden bäuerlichen Betrieben geholfen wird, sondern agrarindustriellen Betrieben, denen Subventionen im Überschwang in den Rachen geworfen werden. Dies immer wieder der Ministerin Aigner und anderen Agrarpolitikern deutlich

zu machen ist Aufgabe der Abl! Mir sind deshalb auch die Aussagen unseres Bundesvorsitzenden F.W. Graefe zu Baringdorf viel zu unverbindlich (wischwaschi)! Denn um einer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft das Wort zu reden, reicht es nicht, nur auf NEULAND und ökologische Produktion zu verweisen, sondern sich auch massiv mit Worten von unbelehrbar Fortschrittsgläubigen dieser auf rücksichtsloses Wachstum ausgerichteten Wahnsinnswohlstandslandwirtschaft abzugrenzen und nicht müde zu werden, die Wertedebatte voranzutreiben, um mit den hochqualifizierten, weitsichtigen agrarpolitischen Vorschlägen der Abl die Erhaltung möglichst vieler bäuerlicher Betriebe einzufordern!

Als Nachhilfe für unsere Altvorderen bieten sich zeitlich passend in der letzten *Bauernstimme* abgedruckte, die „Leitlinien der jungen Abl“ an, welche geradezu vorzüglich die Grundwerte der Abl wieder in die Diskussion bringen und damit hoffentlich einen Klick im Hirn jener auslösen werden. Damit diese in Zukunft wieder unverblümt und ganz klar und heftig für das bessere Agrarmodell streiten.

Siegfried Herbst,
37130 Gellihausen

„Klarheit ist Voraussetzung“

Seit einigen Monaten habe ich die *Bauernstimme* nun abonniert. Grund dafür war der bisher eindeutige Standpunkt, der zum Beispiel in dem Slogan „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ zum Ausdruck kommt.

Bei uns im Tollensetal wehren wir uns gegen den Agrarindustriellen Straathof, der hier eine riesige Ferkelfabrik mit einer „Produktion“ von 250.000 Tieren jährlich errichten will. Demgegenüber erscheinen die geplanten 5.800 Mastplätze von Herrn Kattenstroth schon fast als „wenig“. Dennoch ist auch dabei eine Grenze überschritten. Als bäuerliche Landwirtschaft kann das nicht mehr gelten. Die von Neuland festgelegten Obergrenzen sind im Interesse der Tiere gut begründet. Dass solche Betriebe aus der Förderung fallen ist der eigentliche Skandal, der in den Mittel-

punkt gestellt werden sollte. Stattdessen werden die Argumente von Herrn Kattenstroth ausgebreitet, die auch ein Herr Straathof für sich in Anspruch nimmt. Ich hoffe sehr, dass die bisher klare Haltung der AbL sich nicht verwässert. Diese Klarheit ist Voraussetzung für die sich gerade entwickelnde bundesweite Zusammenarbeit mit den unzähligen BIs gegen Agrarfabriken. Diese Zusammenarbeit hat ein noch gar nicht abzuschätzendes Potenzial und ist für beide Seiten von größtem Nutzen.

Jörg Kröger
17123 Daberkow

Unternehmerverband MiLaN und BI
„LandLeben am Tollensetal“, beide
Mitglied im Landesnetz MV
und im Bundesnetz
„Bauernhöfe statt Agrarfabriken“



Industrielle Schweinehaltung in der Box

Foto: Big Dutchman

„Kein Streitgespräch“

Mit großer Betroffenheit haben wir aus diesem Artikel entnommen, dass ein AbL-Mitglied in Sachsen einen Mastschweinestall bauen will. Als Mitglieder der AbL sind wir bisher davon ausgegangen, dass diese Agraropposition sich für den Erhalt und die Belange der bäuerlichen Familienbetriebe in besonderer Weise einsetzt und diese Position nicht nur politisch sondern auch innerhalb des Bündnisses vehement vertritt. Als Mitbegründerin der AbL der „Neuland“-Tierhaltung mit den darin festgesetzten Bestandsobergrenzen ist nach unserer Meinung auch wirklich die Grenze zur nicht mehr artgerechten, sondern zur inakzeptablen Massentierhaltung erreicht. Wir fragen uns jetzt leider, wie glaubwürdig das ist mit den „Bauernhöfen statt Agrarfabriken“ und dem Bündnis der AbL gegen Massentierhaltung. Außerdem sehen wir in dem abgedruckten Text kein echtes Streitgespräch – wie auf dem Titelblatt angekündigt – sondern mehr den Versuch des Herrn Graefe zu Baringdorf, sich hier um eine eindeutige Position herumzudrücken. Es scheint dabei völlig vergessen zu werden, dass es auch bei Schweinen um fühlende Lebewesen geht!! Mit einer solchen Darstellung kann die AbL bestimmt keine zusätzlichen Mitglieder gewinnen, sondern eher welche verlieren, wobei Herr Kattenstroth das offenbar billigend in Kauf nimmt. Wenn in Sachsen noch nicht genügend ungesundes Schweinefleisch erzeugt wird, so werden in anderen Bundesländern dagegen viel zu viele Schweine gemästet.

Inge und Dieter Liebmann
21365 Adendorf

„In den Osten, um zu wachsen“

Vorweg: Es soll hier nicht die Familie Kattenstroth verunglimpft werden. Dazu besteht kein Grund: Diese vertreten letztlich die Meinung der meisten Professoren landwirtschaftlicher Fakultäten, der meisten landwirtschaftlichen Berater (die bei diesen Professoren studiert haben) und der meisten Agrarpolitiker (die, sofern überhaupt vom Fach, ebenfalls bei diesen Professoren studiert haben). Die Diskussion und das Streitgespräch um den Fall zeigen geradezu exemplarisch das unterschiedliche Denken in der Landwirtschaft auf.

Was kann, was sollte, was darf ein Bauer tun, um seinen Hof zu erhalten?

Innerhalb der AbL darf es dazu sicherlich verschiedene Meinungen geben, aber ein Grundkonsens sollte immer glasklar betont werden: Die AbL steht für bäuerliche Landwirtschaft. Und diese unterscheidet sich fundamental von industrieller Landwirtschaft. Herr Kattenstroth argumentiert in exakt der gleichen Weise wie fast alle industriellen Großbetriebe im Osten: Um zu Niedrigstkosten ein Massenprodukt herstellen zu können, muss man so radikal rationalisieren, wie es geht. Das geht am effektivsten über das Einsparen von Arbeitsplätzen. Die Technik gibt vor, wie viel ha oder Schweine eine AK schaffen kann. Da sich technischer Fortschritt dadurch definiert, dass immer weniger Menschen immer mehr schaffen, muss viel Geld verdient werden, um ständig den Betrieb vergrößern zu können. Nur so verhindert man, auch den letzten Arbeitsplatz, nämlich den eigenen, wegzurationalisieren. Wachsen, um des Wachstums willen. Leider wird hier wissentlich etwas vergessen: Wir Landwirte arbeiten mit

Lebewesen. Es ist ein elementarer Unterschied, ob ich ein Auto produziere oder ein Tier halte. Moderne Massentierhaltung ist legale Massentierquälerei. Man kann wenig Tier auch schlecht, aber man kann nicht 6.000 Schweine in einer Stallanlage tierrgerecht halten. Und wenn man mittlerweile Pflanzenschutzmittel nicht nur bei uns im Grundwasser, sondern am Nordpol findet, wird klar, dass die moderne industrielle Landwirtschaft statt zum Problemlöser zum Problem geworden ist. Der Weltagrarbericht sagt es ganz deutlich!!!

Die AbL muss auch weiterhin eindeutig und ohne Wenn und Aber für eine bäuerliche, nachhaltige Landwirtschaft eintreten, die weder die Natur zerstört, Tiere quält oder die Armut in der Dritten Welt verschlimmert.

Deshalb: Auch Bauernhöfe müssen sich verändern und sich an veränderte Bedingungen anpassen, aber nicht um den Preis bäuerlicher Werte. Bei allem Gerede zur Effektivität von Großstrukturen muss noch Folgendes gesagt werden: Die „weltmarktfähigen“ Großbetriebe im Osten werden massiv bevorteilt durch auf sie zugeschnittene Fördermittel, durch die EU-Agrarreform und, ganz wichtig, Zugang zu staatlich verbilligtem Boden und machen pro ha trotzdem weniger Gewinne als bäuerliche Betriebe. Ohne diese Verzerrungen hätten eigenverantwortliche Bauern die Nase vorn im Wettbewerb. Würden Nachhaltigkeit und Tierschutz belohnt, gäbe es keine Industrielandwirtschaft mehr.

Helmut Peters
18276 Siemitz
Franz Joachim Bienstein
23972 Martensdorf

„Ich bin enttäuscht“

Mit sehr zwiespältigen Gefühlen habe mich das sogenannte Streitgespräch – welches m. E. keines war – in der *Unabhängigen Bauernstimme* gelesen. Anfang Februar des Jahres bin ich in die AbL eingetreten, da diese Arbeitsgemeinschaft sich eindeutig gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft stellt. In der Satzung der AbL steht unter Ziel und Zweck des Vereins „den kleineren und mittleren Bauern ihren Arbeitsplatz in der Landwirtschaft und ihren Hof zu erhalten und für

gerechte und humane Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Lande einzusetzen.“ Bei dem Bundesvorsitzenden der AbL, Herrn Graefe zu Baringdorf, vermisste ich die eindeutige Stellungnahme gegen die Bestrebungen seines Gesprächspartners in Richtung „Industrialisierung und Massentierhaltung“. Ganz im Gegenteil: indirekt verteidigt er dessen Bestrebungen. Ich bin sehr enttäuscht.

Berenike Verweij
29303 Bergen-Diesten

„Gegen Gentechnik“

In einem Streitgespräch werden normalerweise unterschiedliche Positionen benannt und dann wird um den besten Weg gestritten. In dem Beitrag „Förderung nutzen, um die Rendite zu maximieren“ vermisste ich das. Während Gerd Kattenstroth seine Position ausführlich darlegt, bleibt die Position der AbL unerwähnt, nebulös. In einem veröffentlichten

Artikel, in dem der Vorsitzende der AbL Stellung bezieht, möchte ich gern zumindest in einem einzigen Satz lesen: Ein konventioneller 6.000er Maststall ist nicht die Position der AbL, wir sind gegen Gentechnik (im Futter) und stehen für artgerechte Tierhaltung.

Sybille Bahrmann
29587 Ludmissen

Alles über Pflanzenvermehrung

In diesem Werk findet man wirklich alles zum Thema Pflanzenvermehrung: neben Bäumen, Stauden, Gemüse auch Exoten wie Zimmerfarne oder Kakteen. Dem Autorenteam Kawollek ist ein Standardwerk gelungen, das dank zahlreicher Fotografien zu Arbeitsabläufen und Schritt-für-Schritt-Details auch für den interessierten Laien geeignet ist. Im ersten Teil werden anschaulich mit guten Grafiken die Grundlagen von Samenbau, Aussaat und vegetativer Vermehrung kurz und umfassend erklärt. Die folgenden 280 Seiten dienen als Nachschlagewerk für die Praxis. Untergliedert in Pflanzengruppen wie Bäume, Stauden, Sommerblumen, Gemüse und Kräuter, mit einleitenden Erläuterungen zu Besonderheiten jeder Gruppe lassen sich, alphabetisch geordnet, Vermehrungsanleitungen zu den einzelnen Arten nachschlagen. Anschaulich wird diese Übersicht durch die gelungenen Detailaufnahmen von Sämlingen, Stecklingen und Arbeitsschritten. So werden handwerkliche Fähigkeiten wie Dibbelsaat oder Pikieren bildhaft vermittelt. Darüberhinaus gibt es Einblicke und Tipps zur weiteren Kultur der Pflanzen aus der gärtnerischen Praxis, z.B. ein einfacher Witterungsschutz für Gurken und Tomaten zum Nachbauen für alle, die nicht mit einem Gewächshaus gesegnet sind. Wer sich also dazu entschlossen hat, es dieses Jahr mal wieder mit selbstgezogeten Tomaten oder Grünkohl

zu versuchen, statt die Pflanzen zu kaufen, was auch den Vorteil mit sich bringt, dass man beim Saatgut eine große Sortenvielfalt bestellen kann, dem sei dieses Buch empfohlen. Ob das alles überhaupt noch legal ist in Zeiten, wo man auf Blumentöpfen zu lesen bekommt, dass die gekaufte Pflanze nicht vermehrt und weitergegeben werden darf, dazu gibt das Buch keine Auskunft.

we

Marco Kawollek, Wolfgang Kawollek: *Alles über Pflanzenvermehrung*. 2008, Ulmer, 361 S., 871 Farb., 32 Zeichn., geb. ISBN 978-3-8001-5421-0, 29,90 €, zu beziehen über den ABL-Verlag



Unterwegs in die Zukunft

12 Filme zum Thema „Zukunftsfähiges Deutschland“

Der Evangelische Entwicklungsdienst EED hat eine DVD mit zwölf Filmen zur nachhaltigen Entwicklung herausgebracht begleitend zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“. Neben klassischen Dokumentarfilmen gibt es auch kurze witzige bis groteske Animationsfilme. Zu den Filmen gibt es einen DVD-ROM-Teil mit medienpädagogischem Begleitmaterial. Zu jedem Film finden sich dort sogenannte Arbeitshilfen mit umfangreichen Hintergrundinformationen, didaktischen Hinweisen und weiterführenden Links zum Thema. Darüberhinaus gibt es zu den Themen Klimawandel, Agrotreibstoff, Fischereiwirtschaft, Welthandel, Tourismus und Maßnahmen sogenannte Arbeitsmappen aus der von EED und „Brot für die Welt“ herausgegebenen Publikation „Den Kurs wechseln – neue Wege gehen – Zukunft fair teilen“. Hier finden sich auch Anregungen zur Gestaltung eines Gottesdienstes. Während die Dokumentarfilme für sich sprechen, geben die kurzen Animationsfilme eher Anregungen zur Reflexion von Verhaltensweisen. Eine sehr hilfreiche Zusammenstellung für Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zu nachhaltiger Entwicklung.

Sechs Dokumentarfilme sind auf der DVD enthalten:

Alptraum im Fischerboot. Afrikas Flüchtlinge und Europas Fischereipolitik (60 min., D, 2007, ab 16 J.) von Klaus Martens und Michael Grytz

Kein Brot für Öl – Der Biosprit-Boom in Kolumbien (Vertreibung von Kleinbauern, 30 min, D, 2009, ab 16 J.) von Renate Werner

Um Fair zu sein – Kaffeegenuss ohne Umwege (35 min, D, A, 2009, ab 14 J.) von Andreas Grube

Die Küche im Dorf lassen – Das Modell der Evangelischen Akademie Bad Boll (regionale Kantine, 16 min, D, 2009, ab 14 J.) von Karin Haug

350 Meter bis zum Bäcker – Wie wir das Klima verändern (Leben ohne Auto, 10 min., D, 2009, ab 14 J.) von Heide Breitel

Sonnenenergie für die Welt der Zukunft (Pro und Contra zu Solar-Großkraftwerken, 18 min., D, 2009, ab 14 J.) von Gustavo Yáñez

Sechs Animations-Kurzfilme sind enthalten:

Landfunk (Umgang mit schlechten Nachrichten, 3 min., Irl., 2004, ab 12 J.) von Melina Sydney Padua

Delivery (Hoffnung auf Veränderung, 9 min., D, 2007, ab 14 J.) von Till Novak

Heimarbeit (Groteske zur Tierproduktion, 2 min., D, 2005, ab 16 J.) von Fabian Möhrke

Mr. Frog goes fishing (oder: was man eigentlich tun will, 4 min., D, 2004, ab 10 J.) von Moritz Bunk

Das Rad (Steine beobachten die Zivilisation, 9 min., D, 2001, ab 10 J.) von Chris Stenner, Heidi Wittlinger, Arvid Uibel

Wie zerstören wir die Welt (Essen, Müll, Verkehr, Computerspiele, 8 min., GB, 2009, ab 14 J.) von Pete Bishop

we

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht
bitte ankreuzen

Ausgabe: 2010 2009 2008 2007 2006 2005 2004
19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 € NEU!
.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Ein Bauer erzählt,	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stürwoldt live, CD,	Stückpreis 13,90 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande

Die DVD „Unterwegs in die Zukunft“ mit 12 Filmen und Begleitmaterial kann bestellt werden beim Evangelischen Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit (EZEF), Tel: 0711 284-7243, Fax: -6936, info@ezef.de, www.gep.de
Sie kostet incl. Recht zu nicht-gewerblicher öffentlicher Vorführung für Einzelpersonen 40€ bzw. für Institutionen 65 €.



(Klein) Anzeigen**Hof und Arbeit**

● Erfahrener Bauer sucht liebevolle, natürliche Frau für artgerechte, naturnahe Haltung auf seinem kleinen Hof. Möchte gerne mit Dir ein ursprüngliches, nachhaltiges Leben führen und eine kleine Landwirtschaft in Verbindung mit sozialen und kulturellen Projekten aufbauen. Chiffre: BS 4/10-1

● Milchtank um 3.000 l gesucht, ☎ 05252-83494

● Landwirte und Gartenbesitzer, denken Sie rechtzeitig an die Bestellung des Reico-Naturdüngers 3A86. Informationen und Bestellung: Erika Sievers und Wilfried Durchholz, ☎ 04166-1422. Infos: www.reico-buxtehude.de

● Biohof in Baden-Württemberg mit Legehühner, Aufzucht, Weihnachtsbäumen, Direktvermarktung sucht lw. Fachkraft mit Erfahrung im ökologischen Landbau. Biohof Endraß ☎ 07528-7840; info@biohof-endraß.de

Verschiedenes

● Alte Dorfstruktur in SW-Frankreich. FEWO für 2 P. oder FEHAUS für 6 P. Großer, nicht einsehbarer Garten. Atlantikstrandstrände in 80 km. ☎ 0521-4186, www.ARRAMIS.de

● Das (Sauerstoff) Leben am eigenen Hof gezielt stärken und fördern ist ein Akt gegen abhängige, kranke und faulende Landwirtschaft. ☎ 03034706979

● Su. 1 Reifen 440/65-24 GoodYear DT820 ca. 30% Profil. Schlachte Sämaschine aus: Stegsted, rot, 2,5m, ca.1975. Verk. Miststr. Mengele Doppeltrumpf ES350. Rumpel, ☎ 09723-4729

Tiermarkt

● Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Kleine Mutterkuhherde Hinterwälder Rinder, Bulle, 3 Kühe, 2 Kälber, zusammen oder einzeln abzugeben. Keine Händler. ☎ 07262-6249

**Landesverband Bayern**

in Kooperation mit
Petra-Kelly-Stiftung und KLJB

Freitag, 23. April 2010, 10 bis 16 Uhr, 85253 Erdweg

Kath. Landvolkshochschule, Haus Petersberg

**Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013
- ökonomisch - ökologisch - sozial**

Vorträge und Diskussion mit:

Uli Jasper, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
DirProf. Dr. Christian Hey, Geschäftsführer Sachverständigenrat für Umweltfragen

Anton Dippold, Ministerialrat im Bayerischen Landwirtschaftsministerium

Dr. Gerhard Hovorka, Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien

Lutz Ribbe, Direktor bei EuroNatur

Teilnahmegebühr inklusive Essen: 35,- Euro bzw. 25,- Euro für Mitglieder von AbL, KLB, KLJB, BDM, IggT

Anmeldung bis 16. April an: abl-bayern@web.de oder Fax: 08679-9130145, Infos zum Haus: www.der-petersberg.de.

Bauernhöfe oder Agrarfabriken?
Wege zu einer artgerechten Nutztierhaltung
Fachgespräch, 19.04.2010, 10.30-17.00 Uhr, Dt. Bundestag
mit Wolfgang Apel (Tierschutzbund), Paul Heinz Wesjohann (Wiesenhof), Bärbel Höhn MdB, stellv. Fraktionsvorsitzende, Friedrich Ostendorff MdB, Sprecher Agrarpolitik
Infos und Anmeldung: gruene-bundestag.de » Termine friedrich.ostendorff@bundestag.de, T. 030/227 77051

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
BUNDESTAGSFRAKTION

Wege aus der Hungerkrise – die Landwirtschaft von morgen

13. April 2010, Neumarkt
Vortrag von Frau Dr. Anita Idel. Frau Idel stellt die Ursachen und Zusammenhänge der Welternährungs- und Agrarproblematik mit ihren Folgeerscheinungen für jeden Einzelnen nachvollziehbar dar. Diese Zukunft geht uns alle an.
um 19.00 Uhr im Berggasthof Sammüller in 92318 Neumarkt. Eintritt frei. Spenden erbeten. Veranstalter: Zivilcourage Neumarkt e.V. mit Eine-Welt-Laden Neumarkt, www.zivilcourage-neumarkt.de

Die Asse säuft ab – Gorleben was tun?

16. und 17. April 2010, Dannenberg
Die neugewählte CDU/FDP Bundesregierung will wie befürchtet das Endlager zu Ende „erkunden“. Selbst das Absaufen des Modellendlagers Asse wirkt nicht abschreckend. Zehn Jahre nach unserer letzten Fachtagung wollen wir mit bekannten und neuen Wissenschaftlern unsere Positionen zur Erkundung des Salzstocks Gorleben untermauern. Die Fachtagung leiten wir am Freitagabend mit einem Vortrag zur Geschichte der skandalösen Anfänge Gorlebens ein.
Anmeldung bis 12. April: fachtagung@bi-luechow-dannenberg.de, Bürgerinitiative Umweltschutz, Fax: 05841-3197

Landwirtschaft – Wegweiser zum Traumberuf

17. bis 18. April 2010, Hohebuch
Berufsorientierungswochenende landwirtschaftliche Berufe für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7. Geboten wird: Orientierung über Ausbildungswege und Weiterbildungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft, Erkundung eines Ausbildungsbetriebs, ein „Marktplatz der Grünen Berufe“ mit Informationen von Arbeitnehmern und Selbstständigen in unterschiedlichen landwirtschaftlichen Berufen/Berufsfeldern.
Infos und Anmeldung: Veronika Gros-

senbacher, Evang. Bauernwerk in Württemberg, ☎ 07942 107-12, Fax: -77, V.Grossenbacher@hohebuch.de, www.hohebuch.de

Percy Schmeiser kommt nach Schwerin!

21. April 2010, Schwerin
Der kanadische Farmer Percy Schmeiser, Gentechnikgegner und alternativer Nobelpreisträger, kommt nach Schwerin und berichtet, welche Folgen der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen für die Bauern, die Imker und die Landwirtschaft in Nordamerika und in Kanada hat, welche Ziele multinationale Konzerne verfolgen und wie sein Widerstand gegen MONSANTO letztendlich erfolgreich war.
um 19.30 Uhr im Kino 4 des Capitols in Schwerin, Wismarsche Straße 126. Kontakt, Rückfragen und Programm: Dr. Burkhard Roloff, BUND, ☎ 0385 52133913

Wie kann Öko und Fair die Welternährung sichern?

22. April 2010, München
Verschiedene Studien fordern einen Paradigmenwechsel in der weltweiten Landwirtschaftspolitik: Der Fokus soll in Zukunft auf der Förderung der unabhängigen, kleinbäuerlichen, ökologisch orientierten Landwirtschaft liegen. Doch wie sieht es mit der Umsetzung aus? Im Rahmen der Kampagne „Öko + Fair ernährt mehr!“ von Weltladen-Dachverband und Naturland stellen sich folgende Experten aus Wissenschaft und Praxis der Diskussion: Hans Herren, Stiftung Biovision, Millenium Institute, Weltagrartrat; Naturland Bauer oder Bäuerin aus den Ländern des Südens; Ulrich Hoffmann, UNCTAD; Bernhard Walter, Brot für die Welt; Birgit Schöbvwender, Weltladen-Dachverband; Marita Wiggert-Hale, Oxfam; Hans Hohenester, Naturland Präsidium.
Anmeldung bis 6. April: Naturland, Agnes Bergmeister, E-mail: a.bergmeister@naturland.de, ☎ 089 898082-89, Fax: -90, Programm: www.oekoplusfair.de

Bäuerliche Landwirtschaft hat Zukunft

23 bis 25. April 2010, Burg Lohra in Thüringen
Vorstellung der jungen Abl mit Diskussion: Bäuerliche Landwirtschaft – was verstehen wir darunter? Nach dem Vortrag: Herausforderungen an die Landwirtschaft der Zukunft, werden vier Arbeitsgruppen parallel angeboten: Praxis in der bäuerlichen Landwirtschaft; Ernährungssouveränität; Was lernst du? Inhalte, Methoden und Mitbestimmung; Existenzgründung in der Landwirtschaft. Im Plenum werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vorgestellt und Projekte, Pläne und Perspektiven der jungen Abl diskutiert.
Aktuelle Infos: www.abl-ev.de/junge-abl.html

Abl Bayern Infotag Kurzrasenweide

27. April 2010; Hofau/Stephanskirchen
Milch aus Gras ist wirtschaftlich, so das Eingangsreferat von Siegfried Steinberger von der Landesanstalt für Landwirtschaft. Das Kurzrasenteam vom Landwirtschaftsamt Töging informiert über Vorteile und Probleme. Neben den wichtigsten Anbietern von Zaunsystemen sind auf dem Betrieb Zehentner in Hofau auch Anbieter von Qualitätssaatgut vertreten.
Anmeldung: Abl-Bayern, ☎ 08679-6474, Fax: -9130145, www.abl-bayern.info, remmelberger@t-online.de

Eine Wende der Agrarpolitik ist nötig und möglich!

29. April 2010, Bad Endorf
Benedikt Haerlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft ist Mitinitiator des Weltagrarberichts, in dem 400 Wissenschaftler aus 40 Ländern in 4 Jahren Studien, Fakten und Statistiken ausarbeiteten. Fazit: Noch nie haben so viele Menschen auf dieser Erde gehungert wie heute. Der Weltagrarbericht fordert: „Eine radikale Umkehr ist nötig und möglich!“
um 20 Uhr in der Seifhülle, Chiemsee-straße 24 in Bad Endorf. Veranstalter: Zivilcourage Rosenheim, www.zivilcourage.ro

Schlepperdemo

08. Mai 2010, Osnabrück
Diese Kundgebung der Initiativen für Gentechnikfreiheit aus Münster, Bielefeld und Osnabrück dient zur Aufklärung der Verbraucher sowohl über das Fairmilchprogramm als auch über die grüne Gentechnik und die gentechnikfreie Fütterung sowie die Abhängigkeit zur Imkerei. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf (Abl) nimmt Stellung zur Grünen Gentechnik, Romuald Schaber (BDM) zu fairer Milch und Horst Heemann vom Imkerverband wird sich für sauberen Honig einsetzen.
Treffpunkt der Schlepper: 10.30 auf dem Schloßwall. Die Fußgängerdemo startet 10.45 vom Theatervorplatz. Die Endkundgebung findet 11.30 auf dem Theatervorplatz statt. Kontakt: Reinhard Fiegenbaum, ☎ 05484-657, ecovillage@gmx.de

**Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach**

Hauptversammlung am Dienstag, 20. April 2010
um 19.30 Uhr im Gasthof Oberwirt in Obing

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Bericht vom Vorstand
2. Neuwahl des Vorstandes
Wahl der LandkreissprecherInnen
3. Hauptreferate: **Patente auf Kühe und Schweine – wohin führt das ?**
Edith Lirsch, 1. Vorsitzende Abl-Bayern

Welche Rolle spielt dabei die Ohrstanzung ?

- Josef Schmid, 1. Vorsitzender Abl-Bayern
4. Vorschläge und Anfragen

Abl- Chiemgau-Inn-Salzach, www.abl-bayern.info
E-mail: remmelberger@t-online.de
Tel. 08679-6474, Fax: -9130145

50 Jahre Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in Ostdeutschland –

Die Folgen der kommunistischen Agrarpolitik als eine aktuelle Herausforderung

Gemeinsame Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

**Montag, den 19. April 2010,
10.00 bis 17.00 Uhr in der Bundesstiftung zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstraße 5, 10117 Berlin**

Fachvorträge zu Erinnerung an die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der DDR vor 50 Jahren mit Zeitzeugengespräch, Diskussion mit Historikern und Soziologen sowie über die Aktualität des Erbes der DDR-Landwirtschaft

Abschlusspodium:

Die weitere Entwicklung der Landwirtschaft in (Ost-)Deutschland

mit: *Dr. Jörg Wendisch*, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz;

Dr. Jörg Gerke, Landwirt, Buchautor;

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Landwirt, AbL-Bundesvorsitzender;

Prof. Dr. Helmut Klüter, Geograph, Universität Greifswald;

Prof. Dr. Hans Dieter Knapp, Biologe, Bundesamt für Naturschutz;

NN, Deutscher Bauernverband;

Dr. Manfred Probst, Landwirt.

Tagungsgebühr inklusive Mahlzeiten: 25,- Euro. Der Betrag ist vor Ort zu zahlen.

Anmeldung bis 12. April 2010 an: AbL-Büro, Georg Janßen, Tel.: 04131-407757, Fax: 04131-407758, E-mail: janssen@abl-ev.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330

Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114

Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147

Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61

Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774

Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118

Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247

Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;

Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;

Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;

Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;

Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218

Geschäftsstelle: Norbert Worm, Römerstraße 1, 54568 Gerolstein,

Tel.: 06558/8621, Fax 06558/900128, e-mail: bnworm@t-online.de, www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon: 0171-8229719, e-mail: fritz_jochen@web.de

Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;

Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584

Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278

Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Liersch, Tel.: 08562/870; Josef Schmid, Tel.: 08742-8039

Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, www.abl-bayern.info

Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Rimmelberger,

Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635

Regionalgruppe Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad

Zanklmaier, Tel. 08725/304; konrad.zanklmaier@vr-web.de

Regionalgruppe Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@

googlemail.com, Josef Lindauer, Tel./Fax.: 08803-488446, Martha_Lindauer@web.de

Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480; Anton Prechtel, Tel./Fax: 09265/7198

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg,

Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,

E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,

21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Johanna Besier, Tel.: hanna.besier@gmx.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugengebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen,

Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annamarie Völling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 91,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 126,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 36,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 61,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Warum ich trotzdem gerne Milchbauer bin

N eulich las ich hier einen Artikel des werten Kollegen Ecki Niemann, der beklagte, dass in den deutschen Fußball-Profiligen unverhältnismäßig wenige Bauernsöhne spielen. Gemessen an dem Bauernanteil an der Gesamtbevölkerung und den noch relativ zahlreichen Bauernkindern, so rechnete er vor, müssten eigentlich zwei Prozent der Profifußballer Bauernsöhne sein. Er konnte aber nur viel weniger Bauernsohnprofis recherchieren und begründete die Diskrepanz zwischen theoretischem und tatsächlichem Bauernsöhneanteil damit, dass die Bauersleute so viel Arbeit und so wenig Freizeit hätten, dass sie möglicherweise vorhandenes Fußballtalent bei ihren Söhnen nur unzureichend fördern könnten. Er forderte deshalb höhere Milchpreise, damit die Bauern auch mit weniger Arbeit zurecht kommen könnten. Die freierwerdende Zeit könnten sie mit ihren Söhnen auf dem Fußballplatz verbringen, und schwuppdiwupp hätte man den Bauernsöhneanteil an den Fußballprofis verdoppelt, gewiss ein wichtiges Ziel, das es zu erreichen gilt. Das aber unerreichbar bleiben wird; denn leider funktionieren Bauern nicht so. Der Durchschnittsbauer würde freies Geld und freie Zeit niemals auf diese Weise verwenden. Das konnte man 2007 live und in Farbe beobachten. Plötzlich war der Milchpreis hoch; die Bauern verdienten Geld; eine Zeitlang herrschte regelrecht Euphorie auf den Höfen. Und was taten die Bauern? Statt sich auch nur einen Monat lang zu freuen, dass es ihnen endlich besser ging, riefen sie: „Wir müssen wachsen!“ Sie bauten riesige Ställe für viel mehr Kühe, und sie molken ihre vorhandenen Tiere bis zur Besinnungslosigkeit. Die Produktion boomte; der Absatz stagnierte; der Markt brach zusammen; der Milchpreis fiel. Da standen die Bauern mit ihren Riesenställen, sagten stolz Sätze wie: „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht!“ und konnten endlich wieder jammern; denn ihren guten Erzeugerpreis hatten sie sich mit bäuerlicher Tatkraft schön wieder kaputt gemacht. Jetzt kommen sie schlechter zurecht als je zuvor; denn die Banken buchen ab, ob Geld da ist oder nicht. Doch das nur am Rande.

Eigentlich war ich ja gerade beim Fußball und bei der mangelnden Zahl von Fußballprofis vom Bauernhof.

Nun möchte man ausrufen: Mit Gummistiefeln an den Füßen wird man nun mal kein Profi! Aber mit seiner Analyse hat Ecki Niemann recht, und seine Gedanken decken sich mit den Erfahrungen meines Freundes Dieter, der ein ambitionierter Jugendfußballer war. Er gehörte in seinem Landkreis zu den zwei besten seines Jahrgangs. Sein gleich guter Rivale wurde von Vati rund um die Uhr von einem Probetraining zum nächsten und später ständig zum Verein in die Großstadt gefahren. Lohn dieser Mühen war, dass er immerhin Zweitligaprofi und Pokal-

Ebenso wenig wie Dieter bin ich Fußballprofi geworden. Ich träumte davon, aber ich war einfach viel zu schlecht. Und trainingsfaul.

Heute sind meine Kinder in dem Alter, in welchem sie Jugendfußball oder -handball spielen. Ich kann sagen: Gott sei Dank bin ich Milchbauer. Es ist viel Arbeit, und es ist schlecht bezahlt, aber immerhin muss ich jeden Tag des Jahres melken und füttern und misten. Ich habe immer eine prima Entschuldigung, wenn es darum geht, mich davor zu drücken, meinen Kindern beim Sport zuzugucken. Immer gibt es etwas auf dem Hof zu tun, so dass ich glaubwürdig Arbeit vorschieben und meine Kinder nicht zu den Spielen begleiten kann. Dass ich das nicht mag, liegt nicht an meinen Kindern. Es liegt auch nicht am Sport. Es liegt an etwas ganz anderem.

Ich ertrage es einfach nicht. Ich habe es ausprobiert, ausreichend häufig. Ich habe furchtbare Sonntagvormittage an der Außenlinie hinter mich gebracht. Für den Rest meines Lebens habe ich genug von wutentbrannt vor sich hin sabbern- und brüllenden Vätern und irr kreischenden Müttern, die ihre armen Gören anfeuern mit Sätzen wie etwa: „Kevin, hau die Sau doch einfach um!“ Die ihrer Tochter vor dem Siebenmeter zurufen: „Mandy, du musst auf die Fresse zielen! Mitten rein!“ Und die nach dem Spiel wie blöd zum Schiedsrichter rennen und schreien: „Ich bring dich um, du Sau!“

Zum Glück wird unsere Familie den Anteil von Bauernkindern an Profisportlern aller Voraussicht nach nicht erhöhen. Keines unserer Kinder ist so extrem talentiert, und das ist ein Segen. Wenn ich mir vorstelle, ich müsste mir ständig den verbalen Auswurf der anderen Eltern anhören, wird mir übel. Dann würde ich zur Liebsten sagen: „Tut mir leid. Ich muss melken, misten, füttern, Schatz!“ Und sie müsste fahren. Denn einen Milchwagenfahrer, der den Fahrdienst zum Training übernehmen könnte, haben wir leider nicht mehr. Der wohnt zu weit weg und hat keine Zeit. Denn er fährt rund um die Uhr. Der arme.

Mathias Stührwaldt



Foto: Michel/Pixelio

sieger mit Hannover 96 wurde, während für Dieter, dessen Vater Haupterwerbsviehfahrer und Nebenerwerbsbauer war, in der Landesliga die Karriereleiter zu Ende war. Und auch ich selbst hätte niemals in der D-Jugend Kreisauswahl spielen können, wenn der Milchwagenfahrer Harro sich nicht bereit erklärt hätte, mich einmal in der Woche zum Auswahltraining zu fahren; denn es fand zur Melkzeit statt, und wie hätten meine Eltern mich dahin bringen sollen? Sie hatten keinen fahrbaren Melkstand...

unabhängige bauernstimme: für Dauerläufer

04/2010

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221